Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45 **Freitag den 22. Februar 1901.** 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 20. Februar 1901.

Dank der Faulheit vieler Abgeordneten, namentlich der Rechten und des Zentrums, war der Reichstag heute so fleißig, daß er zwei Sitzungen an einem Tage abhielt. Des Räthsels Lösung ist leicht gefunden: eine auf dem reizvollen Wege des „Hammelsprunges“ vorgenommene Abstimmung ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung mußte daher abgebrochen werden. Eine neue Sitzung folgte nach Verlauf einer halben Stunde auf die aufgeflogene.

Daß heute „Schwerinstag“ war, erkannte man sofort an der völligen Leere des Bundesrathstisches. Auch nicht ein Männlein, nicht einmal ein meinungsloser Geheimrath war dort zu schauen.

Die Schlußberathung über den freisinnigen Antrag auf Aufhebung der Theaterzensur zeitigte 3 freisinnige und eine konservative Rede. Der Hofdichter Eugen Richters, Justizrath Albert Träger, meinte nicht mit Unrecht — übrigens stammt das Witzwort nicht von ihm — die Polizei richte in dem Theaterwesen so viel Unheil an, wie eine Kuh in einem Porzellanladen. Der freikonservative Konsistorialrath Stockmann spielte sich als berufener Ausleger des Goetheschen Geistes auf, ohne viel Glauben an diese seine Berufung zu finden. Mit dem im Abgeordnetenhause so muthigen Herrn von Rheinbaben rechnete Dr. Müller-Meiningen in seinem Schlußworte ab; der lärmenden, murrenden und in Thierstimmen sich übenden Rechten rief er zu: „Sie sind nicht im Abgeordnetenhause, wo Sie thun können, was Sie wollen.“

Nun kam die Abstimmung und mit ihr die Nemesis für die Vergewaltigung, die sich zuvor das Zentrum und die Rechte geleistet hatten, welche durch einen durchgedrückten Antrag auf Schluß der Debatte u. a. unserem Genossen Heine das Wort abgeschnitten. Die Abstimmung — es wurde nicht über den freisinnigen Antrag selbst, sondern über den nationalliberalen Antrag auf Kommissionsberathung abgestimmt —, die auf dem gewöhnlichen Wege des Aufstehens und Sitzenbleibens vorgenommen wurde, blieb zweifelhaft, es mußte zum Hammelsprung geschritten werden. Dieser „Hammelsprung“ ergab eine kleine Mehrheit für Kommissionsberathung, weil nämlich Rechte und Zentrum besonders schlecht vertreten waren, vor allem aber — die Beschlußunfähigkeit des Hauses. So wurde gegen 4 Uhr die Sitzung geschlossen und eine neue auf $4^1/_2$ Uhr anberaumt.

In dieser neuen Sitzung, der irgend ein Geheimrath aus irgend einem deutschen Vaterlande beizuwohnen geruhte, wurde über den Diäten- oder, wie es jetzt heißt, Anwesenheitsgelder-Antrag des Zentrums verhandelt. Herr Gröber begründete denselben; Herr Bassermann stimmte der Grundtendenz zu, verlangte aber Kommissionsberathung. Der Konservative Rettich aus Mecklenburg erklärte sich im Namen eines Theiles seiner politischen Freunde mit dem Antrage einverstanden: unter gewissen Bedingungen natürlich. Daß diese „gewissen Bedingungen“ in der Verschlechterung des Wahlrechts bestehen, stellte Genosse Bebel in einer kurzen, trefflichen Rede fest; bezeichnenderweise rief man ihm von der Rechten zu: bei dieser Gelegenheit nicht! — Also bei anderen Gelegenheiten.

Die Redner der bürgerlichen Linken Dr. Pachnicke, der Schwabe Haußmann und Dr. Müller-Sagan erklärten sich natürlich mit dem Diätenantrage einverstanden. Als der Letztere mit dem Wunsche schloß, die verbündeten Regierungen möchten endlich Vernunft annehmen, erklärte Präsident Ballestrem würdevoll: Die Regierungen haben immer Vernunft! — Das homerische Gelächter, das im Hause wie auf den Tribünen erscholl, bewies, daß diese Ansicht nicht sehr verbreitet ist.

Der Reichsparteiler v. Tiedemann erklärte sich für Kommissionsberathung, während er sich zur Sache selbst gar nicht äußerte. Der Antisemit Gräfe, der für den Antrag ist, brachte es fertig, die „Engländerei“ mit den Diäten in Zusammenhang zu bringen. — Der Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Eine, der nicht einmal etwas von Kommissionsberathung wissen will, war — Fürst Herbert Bismarck.

Morgen: Postetat; Fortsetzung.

52. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Niemand.

Die erste Berathung des Antrags Bargmann (FVp.) auf Aufhebung der Theaterzensur durch Abänderung der Gewerbeordnung wird fortgesetzt.

Traeger (FVp.): Die Geschäftsordnung zwingt uns, die Debatte über dies Thema in wöchentlichen Lieferungen vorzunehmen. (Heiterkeit.) Bisher sind drei Lieferungen erschienen. Eine allerdings an einem andern Verlagsort, im preußischen Abgeordnetenhause. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Nach dem Fall der lex Heinze erfolgte eine Reihe auffallender Zensurverbote und deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Die preußische Zensur beruht auf der sogenannten General-Polizeiklausel des Allgemeinen Landrechts. Danach soll nicht der Inhalt des Stückes, sondern eine voraussichtliche Wirkung auf das Publikum maßgebend sein. Diese Wirkung vorauszusehen, ist aber ganz unmöglich. Die freien Volksbühnen führen Stücke auf, die sonst von der Zensur verboten sind und doch ist noch nie dort die von der Zensur befürchtete Wirkung eingetreten. Herr Himburg hat die Litteratur mit einem Garten verglichen, in dem die Zensur das Unkraut beseitigen soll. Wenn nur die Zensur das Unkraut von den guten, gesunden Trieben unterscheiden könnte. (Sehr gut! links.) Wenn der Dichter das aussprach, was Tausenden auf der Seele lag, dann ist er auf dem rechten Wege und Sie werden diese Richtung mit keiner Macht der Polizei aufhalten. (Sehr gut! links.) Wir wollen die Preßfreiheit auch auf die Bühne ausgedehnt wissen. Die Polizei ist am allerwenigsten geeignet, die Zensur auszuüben. Darin stimme ich durchaus mit dem Urtheil eines geistreichen modernen Schriftstellers überein, der sagte, die Polizei in der Kunst ist wie die Kuh im Porzellanladen. (Große Heiterkeit.) Die Aufführung mancher Stücke soll die Unsittlichkeit befördern. Die Dame von Maxim ist hier natürlich in der Debatte erschienen. Ich will mich nicht etwa zum Ritter dieser Dame machen. (Heiterkeit.) Ich selbst habe sie noch im Naturzustande gesehen. (Große Heiterkeit.) Jetzt ist ja viel gestrichen worden. Keiner wird doch aber behaupten wollen, daß alle Diejenigen, welche die Dame von Maxim gesehen haben, in Grund und Boden verdorben sind. Die Tingeltangels gebe ich gern preis. Aber das hat mit der Zensur nichts zu thun, da sind Repressivmaßregeln am Platze. (Sehr richtig! links) Im Interesse unserer aufblühenden Kunst bitte ich Sie, der Preßfreiheit auch die Zensurfreiheit zuzufügen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Stockmann (Rp.): Ich wundere mich, daß Herr Stadthagen sich als Vertreter der Anschauungen Goethes aufgespielt hat, dieses durch und durch aristokratischen Dichters. (Lachen bei den Soz.) Ich wiederhole nochmals, daß der Goethebund, soweit man aus seinen Aeußerungen entnehmen kann, unter falscher Flagge segelt. Es fehlt der ernste, christliche und sittliche Sinn Goethes. Atheist war Goethe nie. Was die Zensur anlangt, so würden wir höchstens für den Erlaß schärferer Strafbestimmungen gegen Direktoren, die unsittliche Stücke aufführen lassen, und jährliche Erneuerung der Konzession sein. Gegen den vorliegenden Antrag sowie gegen Ueberweisung desselben an eine Kommission werden wir stimmen (Bravo! rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Das Schlußwort für den Antragsteller erhält

Dr Müller-Meiningen (FVp.): Auf alle Einzelheiten, die in der Diskussion berührt woeden sind, kann ich um so weniger eingehen, als auch das preußische Abgeordnetenhaus als Kampfplatz ausersehen worden ist. Ich wundere mich, daß Herr v. Rheinbaben diese Kampfesweise gewählt hat und vor allem darüber, daß er heute nicht hierher gekommen ist. Der Hauptgrund dafür liegt wohl darin, daß er hier nicht denjenigen Resonanzboden für seine Ausführungen findet, wie im preußischen Abgeordnetenhause (Sehr wahr! links.) Uns bliebe schließlich nur übrig, durch ein Grammophon die Reden des Herrn Ministers drüben aufzunehmen, um sie dann hier wiederum vom Stapel zu lassen. (Heiterkeit.) Herr v. Kardorff hat im preußischen Abgeordnetenhause eine Reihe persönlicher Angriffe gegen mich gerichtet. Seine Aeußerungen müßte ich, wenn es sich nicht um ein Mitglied dieses Hauses handelte als salopp bezeichnen . . .

Präsident Graf Ballestrem: Selbst solche verklausulirte Beleidigungen sind nicht zulässig in diesem Hause. Ich bitte Sie, derartiges künftig zu unterlassen (Sehr richtig! rechts.)

Müller-Meiningen (fortfahrend): Herr Stockmann versuchte Goethe gegen uns auszuspielen. Goethes Christenthum war ein ganz anderes als das Ihre. Er hatte sich vom konfessionellen Christenthum vollständig losgesagt. Der Minister v. Rheinbaben hat die Zuständigkeit des Reichs in dieser Frage bestritten. Unzweifelhaft aber ist die Theaterzensur eine gewerbepolizeiliche Maßregel, die unter die Gewerbeordnung und damit unter die Zuständigkeit des Reiches fällt. Die Herren vom Zentrum setzen sich durch ihre Stellungnahme im vollen Gegensatz zu dem Standpunkt, den Abgeordneter Windhorst am 26 April 1880 eingenommen hat. dieser Standpunkt hätte unbedingt eine Kommissionsberathung unseres Antrages nothwendig gemacht. Wohin kommen wir denn mit der Sittenriecherei? Den Herren Regierungsvertretern erschien bei meiner ersten Rede das Zitat aus Dreyers „Großmama“ von der geprüften Jungfer für unanständig. In der „Kreuzzeitung“ fand ich vor einigen Tagen folgendes Inserat: „Junges Mädchen sucht als angehende Jungfer Beschäftigung.“ (Heiterkeit.) Wird man wohl Herrn Kropatscheck Schweinerei vorwerfen? (Heiterkeit.) Was für Auffassungen in katholischen Kreisen über Litteratur herrschen, das beweist eine in Münster erschienene katholische Literaturgeschichte von Nonnenberg, in der die Klassiker als ein geistiger Schwedentrank, d. h. als Mistjauche bezeichnet werden. (Hört, hört! links.) Herr Roeren hat sich auch auf Mommsen berufen, wunderbarer Weise noch, nachdem Herr Mommsen in einem Brief seine Stellung zur Zensur ganz klar gelegt hatte. Herr Mommsen hat in diesem Brief erklärt: „Die Differenz zwischen mir und Herrn Müller-Meiningen ist ebenso gering, wie sie weit ist zwischen mir und Herrn Roeren. (Hört, hört! links.) Ich halte die Theaterzensur an sich für zweckmäßig (Hört, hört! im Zentrum), — hören Sie nur weiter — aber die Theaterzensur durch Beamte der Polizei nicht bloß für schädlich, sondern für gefährlich.“ (Hört, hört! links.) Also mit dem Brief des Herrn Mommsen ist Herr Roeren gründlich hereingefallen. — Redner polemisirt des weiteren unter großer Unruhe der Rechten gegen die Ausführungen des Ministers von Rheinbaben im preußischen Abgeordnetenhaus Auf mehrfache Schlußrufe hin ruft der Redner der Rechten zu: Sie sind hier nicht im preußischen Abgeordnetenhause, wo Sie thun können, was Sie wollen. (Lebh. Bravo! links, Unruhe rechts, Vizepräsident v. Frege rührt sich nicht.) Es ist ja in einem gewissen Grade erklärlich, daß die Herren vom Zentrum eine Unüberwindliche Abneigung gegen die moderne deutsche Litteratur haben. Trotzdem könnten sie sich auf den Boden unseres Antrages stellen, da sie selbst zugeben müssen, daß die Zensur thöricht und zwecklos ist. Es beseelt sie aber das Gefühl der Rache von der lex Heinze her. Aber unser Antrag wird, wenn er abgelehnt wird, wiederkommen und den Schaden davon haben nicht wir, sondern Sie. (Lebh. Bravo! links.)

Die Abstimmung über den Antrag Bassermann (NL.) auf Ueberweisung des Antrags Bargmann an eine Kommission von 14 Mitgliedern bleibt unbestimmt. Es findet infolgedessen Hammelsprung statt, der ergiebt, daß 74 Abgeordnete, für 73 gegen den Antrag Bassermann gestimmt haben. Das Haus ist also beschlußunfähig, und die Verhandlungen werden abgebrochen.

Schluß $3^3/_4$ Uhr.

53 Sitzung. Mittwoch, den 20. Februar, Nachm. $4^1/_2$ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des von den Abgg. Gröber (Z.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs auf Abänderung des Artikels 32 der Reichsverfassung. **(Diätenantrag).** Darnach soll Artikel 32 der Reichsverfassung durch folgende Bestimmungen ersetzt werden:

„Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit bei den Sitzungen des Reichstages Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 Mark für den Tag.

Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstages in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtages für dieselbe Zeit bezieht.

Die Bedingungen der Festsetzung und Zahlung der Anwesenheitsgelder unterliegen den Bestimmungen des Reichstags-Präsidenten.“

Groeber (Z): Unser Antrag liegt vor allem im Interesse der Wähler, die dann ihre Kandidaten aus einer größeren Anzahl von Personen auswählen können, wenn diese Kandidaten nicht auf ihre wirthschaftliche Lage Rücksicht nehmen müssen. Man schilt immer, daß der Reichstag fast immer beschlußunfähig sei. Das ist früher mindestens ebenso schlimm gewesen. Sämmtliche deutschen Bundesstaaten geben für ihre Beamten Diäten. Die freie Eisenbahnfahrt, die wir fordern, soll natürlich nur für die Dauer der Session gelten. Ich empfehle Ihnen unseren Antrag zur Prüfung und Annahme. (Bravo! im Zentr.)

Bassermann (NL) stimmt dem Antrag Gröber zu. Der jetzige Zustand mit den Fahrkarten ist unhaltbar, die Ausdehnung der freien Fahrt auf alle Eisenbahnen ist daher zu begrüßen. Es müßte nur klar ausgesprochen werden, daß die freie Fahrt nur für die Dauer der Session gilt, und es muß die Frage erörtert werden, ob die Diäten eventuell schon an die jetzigen Abgeordneten gezahlt werden sollen. Ich beantrage Ueberweisung des Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Die Abgg. v. Tiedemann (Rp.) und Dr. Pachnicke (Frs. Vg.) schließen sich diesem Antrag an.

Rettich (K.) erklärt, daß ein Theil seiner politischen Freunde sich wie früher ablehnend verhalte, ein anderer dagegen bereit sei, dem Gedanken einer Entschädigung nahe zu treten und deshalb für die Kommissionsberathung sei.

Bebel (SD.): Früher verhielt sich die Rechte in der Diätenfrage durchaus ablehnend. Die heutigen Erklärungen der Vertreter der Rechten lassen darauf schließen, daß bei diesen Herren allmählich eine Umwandlung in der Stimmung eingetreten ist. Der Reichstag wäre übrigens längst im Besitz der Diäten, wenn er es verstanden hätte, die Gunst der Situation, die sich ihm öfter geboten hat, auszunutzen. Bei der Berathung der Reichsverfassung 1870 verzichtete die Majorität auf die Diäten und stimmte erst 3 Monate später, als Fürst Bismarck die Verfassung in der Tasche hatte, dafür. Bei der Berathung der Verfassung hätte die Majorität, wenn sie gewollt hätte, die Diäten erzwingen können. Es ist ja ganz bekannt, daß nur die Rücksicht auf die Sozialdemokratie die Gewährung der Diäten verhindert hat. Sie (nach rechts) schmerzt der Mangel an Diäten viel mehr als uns. Wir haben viel weniger Mangel an Kandidaten. Die Zahlung von Anwesenheitsgeldern liegt auch im Interesse der Würde des Reichstags Es macht einen kläglichen Eindruck auf die Tribünenbesucher, wenn im Hause nur 30 bis 40 Männlein anwesend sind. Durch den Mangel an Kräften werden die Verhandlungen unnöthig in die Länge gezogen. Besonders leiden die Kommissionsberathungen darunter. Daß im englischen Parlament keine Diäten gezahlt werden, ist richtig, das ist aber auch das einzige Parlament auf dem europäischen Kontinent. Uebrigens liegt die Gewährung von Diäten durchaus in Ihrem Interesse (nach rechts). Bei der Berathung des Zolltarifs in nächster Zeit kann leicht die eine oder die andere Partei dieses Hauses das Bedürfniß haben, daß angesichts der Wichtigkeit der Frage die Mehrheit anwesend ist und daß sie infolgedessen die Auszählung verlangt. Sie müssen also in Ihrem eigenen Interesse (nach rechts) in die Regierung dringen, daß sie ihre Zustimmung zu den Diäten giebt. Der Hauptzweck der Versagung der Diäten, den Eintritt der Sozialdemokraten in dies Haus zu verhindern, ist ohnehin nicht erreicht worden. (Lebh. Beifall links).

Gräfe (Antis.): Die Diätenlosigkeit schädigt jetzt nur die Mittelstandsparteien. Auch die Konservativen leiden unter dem Kandidatenmangel. Es liegt daher auch im Interesse der Ordnungsparteien, für die Diäten einzutreten. Die Regierung fürchtete früher, daß zu viel Berliner in den Reichstag gewählt würden. Die Abneigung gegen Berlin ist jetzt im deutschen Volke geschwunden. Vorhanden ist nur noch eine starke Abneigung gegen England: Los von England! Nieder mit England! (Lautes Gelächter rechts).

Dr. Müller-Sagan (FVp.) bedauert, daß die Bänke des Bundesraths leer sind und daß namentlich der Reichskanzler nicht anwesend ist. Die Diäten müssen nicht nur im Interesse der Wähler und Abgeordneten gewährt werden, sondern vor allem im Interesse eines geordneten Geschäftsganges. Ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen endlich zur Vernunft kommen werden! (Bravo! links.)

Präsident Graf Ballestrem: Die verbündeten Regierungen haben immer Vernunft. (Stürmische Heiterkeit.)

Haußmann-Böblingen (Deutsche Vp.): Die Sozialdemokraten werden durch die Diätenlosigkeit nicht geschädigt, sondern vor allem die bürgerlichen Parteien. Ich glaube, wenn die Herren vom Bundesrath ihre Anwesenheit in Berlin aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müßten, würden wir manchen nie hier sehen (Heiterkeit.) Nachdem Graf Ballestrem erklärt hat, daß bei den Regierungen immer Vernunft vorhanden ist, hoffe ich, daß sie dem Diätenantrag entsprechen werden. (Bravo! links.)

Nachdem noch Abg. Röllinger (Els.) für den Antrag eingetreten ist, schließt die Diskussion.

Der Antrag auf Ueberweisung des Antrags an eine 14gliedrige Kommission wird gegen die Stimme des Abg. Fürsten Bismarck angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Lesung des Postetats, Etat der Reichsdruckerei, Petitionen.)

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die zweite Verwarnung. An die Adresse Bülows, der bekanntlich sein agrarisches Herz entdeckt hat, ist eine russische Verwarnungsnote gerichtet, die in der Petersburger „Handels- und Industriezig." veröffentlicht wird. Bei aller Höflichkeit der Form giebt der Artikel unzweideutig zu verstehen, wie Rußland es aufnehmen wird, wenn Graf Bülow bei dem zukünftigen Handelsvertrag mit Rußland den getreidezöllnerischen Treibereien der ostelbischen Agrarier nachgiebt. Unter der Blume, aber, wenn man die Sache aus dem Diplomatischen in schlichtes Deutsch übersetzt, unheimlich deutlich wird dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands erklärt, daß Rußland, anstatt überhaupt einen Handelsvertrag mit Deutschland zu schließen, vor einem Zollkrieg mit dem westlichen Nachbar nicht zurückschrecke. Und es wird hinreichend überzeugend dargethan, daß den Schaden davon nach Lage der Sache nicht Rußland, sondern Deutschland haben werde, dasselbe Deutschland, das durch die Vertheuerung des wichtigsten Lebensmittels der Arbeiterschaft die Konkurrenzfähigkeit seiner Industrie erheblich schwächt. Auch der Petersburger „Westnik Finansows" bringt einen scharfen Artikel gegen die Bülow'sche Agrarpolitik und droht mit Nichterneuerung der Handelsverträge bei Erhöhung der Getreidezölle. Bülow ist also zur Genüge gewarnt; er hat sich zu entscheiden, ob ihm das Wohl und Wehe Deutschlands höher steht, als das Einzel-Interesse der habgierigen Kornzollritter.

Herr Brefeld und der zweite Bueck-Brief. Im preußischen Abgeordnetenhause, wo am Dienstag der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung zur Berathung stand, kam es unerwartet zu einer „Brefeld-Debatte", die man erst beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung erwartet hatte. Die Berathung setzte streng sachlich ein. Ein Antrag Schultz-Bochum, welcher reichlichere Mittel für die Tiefbohrung zur Erschließung von Mineralagern im Osten der Monarchie verlangt, wurde von dem nationalliberalen Antragsteller und von den Rednern fast aller Parteien unterstützt. Als aber der freikonservative Abgeordnete v. Zedlitz zu Worte kam, entgleiste die Debatte. Der Zeitungs-Geheimrath erwähnte nämlich — anscheinend handelte es sich um eine Bestellung — den Brief des Herrn Bueck über seine Unterredung mit dem Minister Brefeld nach dessen Amtsantritt und gab so dem Minister Gelegenheit, die vom Grafen Posadowsky im Reichstage erfolgte Ankündigung wahr zu machen und sich über den Inhalt des zweiten, vom „Vorwärts" veröffentlichten Bueck-Briefes auszulassen. Herr Brefeld behandelte Herrn Bueck in Anbetracht der Indiskretion, die er begangen hat und der Unannehmlichkeiten, die er ihm bereitet hat, recht liebenswürdig und milde. Er erklärte, daß er sich bei der Länge der vergangenen Zeit auf Einzelheiten der Unterredung nicht mehr besinnen könne und bestritt nur entschieden, daß er den Gedanken Ausdruck gegeben habe, die gesetzliche Fürsorge für die arbeitenden Klassen hätte als abgeschlossen zu gelten. Er wies auch die Behauptung des Herrn Bueck zurück, daß er Herrn Unterstaatssekretär Lohmann als einen Menschen hingestellt habe, der jeder eigenen Meinung bar und nur ein gefügiges Werkzeug in der Hand seines Chefs sei. Auch auf die Aeußerung des Ministers, daß der Großhandel, speziell der Kohlengroßhandel, ein nothwendiges Uebel sei, war Herr von Zedlitz zurückgekommen. Er spielte sich als Vertreter der Interessen des Handelsstandes auf, und nannte die Brefeldsche Aeußerung einen Mißgriff, den der Minister wohl schon selbst bedauert habe. Herr Brefeld gab noch einmal eine gewundene Erklärung für diese unglückliche Aeußerung, und versicherte, daß ihm jede Beleidigung des Handelsstandes fern gelegen habe. Daß Herrn Brefelds Entschuldigung aber wieder nicht einwandsfrei war, bewies eine Aeußerung des freikonservativen Abgeordneten Gamp, der die neue Korrektur des Ausspruches wieder als eine „wenig glückliche" bezeichnete.

Der freisinnige Abgeordnete Gothein ergänzte diese Ausführungen des Herrn Gamp noch und beleuchtete die ganze Stellung des Herrn Brefeld zum Handelsstande. Herr Gothein erzählte dem Minister, daß er in kaufmännischen Kreisen nicht Minister für den Handel, sondern Minister gegen den Handel genannt werde, und theilte ihm auch die Gründe für diese Bezeichnung mit. Auf seine Bemerkung, daß Herr Brefeld das Waarenhaussteuergesetz, gegen das die gesammten geordneten Vertretungen der Handelskammern aufgetreten sind, nicht zu verhindern vermocht habe, antwortete der Minister, daß er das Waarenhaussteuergesetz nicht eingebracht habe. Herr Brefeld schob recht deutlich die Verantwortung für diese Vorlage Herrn von Miquel zu, und man kann sich seine Abneigung gegen das Gesetz wohl erklären, wenn man bedenkt, daß er jetzt dazu verurtheilt ist, die Ausführungsbestimmungen für das Waarenhaussteuergesetz zu erlassen.

Der zweite Theil der Sitzung galt dem Arbeiterschutz im Bergwerksbetriebe. Der freisinnige Abgeordnete Goldschmidt hielt eine Rede, in der er auf schnelleres Tempo in der Sozialpolitik drang und insbesondere Arbeiterdelegirte bei der Revision der Bergwerke, die gesetzliche Regelung des achtstündigen Arbeitstages und das Verbot der Frauenarbeit im Bergwerksbetriebe verlangte. Der Minister sagte für die Zukunft die Hinzuziehung von Arbeiterdelegirten bei der Inspektion und die Einschränkung der Frauenarbeit zu, erklärte auch sonst sich bereit, allmählich neue Sozialreformen einzuführen. Wenn nur dies „allmählich" nicht gar zu lange dauern wird!

Vom sächsischen Ordnungsbrei. Unter den sächsischen Ordnungsparteilern ist, wie der „Frkf. Ztg." aus Dresden berichtet wird, nach zweijährigen Verhandlungen ein bis 1903 geltendes Kartell für die Reichstagswahlen abgeschlossen worden. Danach wird in Dresden-Altstadt ein Antisemit, in Dresden-Neustadt ein Konservativer und in Dresden-Friedrichstadt ein Nationalliberaler aufgestellt. Die sächsischen Nationalliberalen stimmen jetzt also schon im Namen des Liberalismus für einen Antisemiten. Es ist wahrlich weit mit ihnen gekommen und wenn es einen politischen Gerichtshof gäbe, so müßte er ihnen das Ehrenrecht absprechen, sich „liberal" nennen zu dürfen. Die Nationalliberalen sind von diesem Kartell sogar so entzückt, daß sie sich verpflichten, die in Dresden von den Konservativen behaupteten Landtagswahlkreise als konservativen Besitzstand zu respektiren. Wodurch unterscheiden sich denn nun die sächsischen Liberalen noch von den Konservativen und den antisemitischen „Reformparteilern?"

Eine neue Bauernorganisation, die als ein Gegenstück zum Bund der Landwirthe gedacht zu sein scheint, ist in Berlin beschlossen worden. Am Donnerstag voriger Woche fand im Architektenhause in Berlin eine Versammlung von je drei Vertretern folgender zehn Bauernvereine statt: Rheinischer, Nassauischer, Elsaß-Lothringischer, Hessischer, Badener, Baierischer, Trierer, Schlesischer, Ost-Westpreußischer und Westfälischer Bauernverein. In ihnen waren etwa 220 000 Mitglieder vertreten. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine eingehend begründete Petition an den Reichstag zu richten in Sachen des Zolltarifs. Weiter wurde beschlossen, in Zukunft in allen wichtigen Fragen geschlossen zusammengehen und gemeinsame Versammlungen abzuhalten. Zum Vorortsverein für das nächste Jahr wurde der Rheinische Bauernverein unter dem Vorsitze des Herrn Grafen v. Spee bestimmt. Die Vertreterversammlung verlief, wie die „Germania" besonders betont, ungleich ruhiger als die kurz vorher stattgehabte Generalversammlung des Bundes der Landwirthe im Zirkus Busch. — Wir haben es hier dem Anscheine nach mit einem Werk des Zentrums zu thun.

Antisemiten unter sich. Der Geschäftsführer der deutsch-sozialen Reformpartei, Dr. Giese, enthüllt in einer Schrift: „Die Herren Raab und v. Liebermann in der deutschen Reformpartei" die Vorgeschichte der Zerwürfnisse zwischen den alten Deutschsozialen und Reformern, die schließlich zur Spaltung der Partei im vorigen Jahre geführt haben. Dr. Giese schildert des Abg. Liebermann v. Sonnenbergs unbeschreibliche Hilflosigkeit bei jeder sachlichen Debatte. „Selbst die Thatsachen, die nur kurze Zeit zurückliegen, und an denen er selbst betheiligt gewesen ist, beherrscht er so wenig, daß sie in seiner Darstellung stets ein seinen augenblicklichen Bedürfnissen, aber oft nicht der Wirklichkeit entsprechendes Aussehen bekommen, und sein mangelhaft entwickelter Sinn für das objektive Wahre ist die Ursache mancher Zusammenstöße zwischen ihm und mir gewesen." An anderer Stelle erzählt Giese den Streit v. Sonnenbergs mit Bindewald, der in einem Gedicht der „Antis. Korr." später, wie erinnerlich, als „Hans Pinsel" verspottet wurde, „daß Herr v. Liebermann sogleich mit Herrn Bindewald im Sitzungssaal eine Auseinandersetzung vornahm, in der er sich schließlich zu den sehr laut herausgestoßenen Worten hinreißen ließ: „Nun, wenn Sie nicht austreten wollen, so werden wir Sie hinauswerfen." Giese plaudert in der Broschüre so nebenher auch aus, daß Liebermann v. Sonnenberg als Ehrenmitglied des Vereins deutscher Studenten — der Zeitpunkt wird nicht näher angegeben — gestrichen worden ist. Das derzeitige Verhältniß zwischen beiden antisemitischen Richtungen charakterisirt sich recht anschaulich in dem offenen Geständniß Giese's: „So sehr ich um der antisemitischen Sache willen die eingetretene Spaltung auch bedauere, persönlich empfinde ich es als eine Erleichterung, daß ich die Urheber aller dieser Verdrehungen, Uebertreibungen, Unwahrheiten und Gehässigkeiten nicht mehr Parteigenossen zu nennen brauche."

Die Kommission zur Berathung der Seemannsordnung kam in der Mittwochsitzung über die beiden § 91 und 92 nicht hinaus. Nach dem ersteren wird ein Schiffsmann, welcher sich einer gröblichen Verletzung seiner Dienstpflichten schuldig macht, mit Geldstrafe bis zum Betrage einer Monatsheuer bestraft. Als Verletzungen in diesem Sinne werden aufgeführt: Nachlässigkeit im Nachtdienste, Ungehorsam gegen den Dienstbefehl eines Vorgesetzten, ungebührliches Betragen gegen Vorgesetzte und gegen andere Mitglieder der Schiffsmannschaft, Verlassen des Schiffes ohne Erlaubniß, Betrunkenheit im Dienst usw. Die Sozialdemokraten hatten eine ganze Anzahl Milderungsanträge hierzu eingebracht, die aber nach längerer Debatte sämmtlich abgelehnt wurden. — Eine kleine Aenderung erfuhr nur der letzte Paragraph, der bestimmt, daß „die Verfolgung in den oben genannten Fällen der Dienstverletzung auf Antrag des Schiffers oder eines Verletzten eintritt." Nachdem nämlich der Geheimrath v. Jonquière erklärt hatte, daß die Ausdehnung des Antragsrechts auf den „Verletzten" nur im Interesse der Seeleute aufgenommen sei, damit im Falle sie sich durch ungebührliches Betragen usw. von Mitgliedern der Schiffsmannschaft (also auch Vorgesetzte) verletzt fühlen, die Stellung eines Strafantrages nicht von der Willkür des Schiffers abhängig sein soll, wurde anstatt „Verletzten" gesetzt „verletzten Schiffsmannes". Der Schluß desselben Absatzes, welcher lautet: „Die Zurücknahme (des Strafantrages) ist zulässig" wurde dahin erweitert, daß diese Zurücknahme „bis zur rechtskräftigen Entscheidung zulässig" sein soll.

Der § 92 erfuhr nur eine formelle Aenderung, wodurch der mit der darin enthaltenen Bestimmung erzielte Zweck präziser zum Ausdruck kommt.

Aus deutschen Soldatenbriefen. Einem Chinabrief, den dieser Tage die nationalliberale „Straßburger Post" veröffentlichte, entnehmen wir folgendes: „Wenn wir auf der Straße gegangen sind, und ist einer von den Chinesen zu nah gekommen, so hat er eingekriecht das die andre Seite von der Straße auch noch eine gegeben hat. Vom bezahlen haben wir nichts wissen wollen. . . . Es hat sich schon manger sein Unglück geholt in China. . . . Jetzt hat einer 15 Jahre Zuchthaus und einer 1 Jahr. Wenn einer nicht bestraft ist, wenn er aus China kommt, so hat er ein großes Glück gehabt, den wie es hihr zu geht, ists gar nicht zuglauben. Die Franzosen sind die besten Kameraden vo uns, wir haben 15 Minuten bis in ihr Lager . . . Mit den Engländern haben wir uns noch nicht vertragen können. Wir haben öfters Schlägereien. Die Franzosen haben in kurzer Zeit 3 tod gestochen. . . Die sagen auch, daß wenn es los geht daß sie nicht auf die Chinesen schießen, sondern auf die Engländern. Die Engländer sind ein sehr Feiches Volk. Bei einem Gefechte bei Tacku waren sie zurück geblieben, da hat der Graf Waldersee gesagt wenn sie nicht vor gehen erschießt er sie mit seinen Leuten, sonst wären sie nicht vorgegangen. Ich könnte dir noch vieles Schreiben, aber es ist besser wenn ich schweige."

Kleine politische Nachrichten. Eine Reichsanleihe soll nach dem offiziösen Berliner Korrespondenten der Münchener „Allg. Ztg." erst auf den Markt gebracht werden, wenn auch die weitere Chinavorlage, welche die Forderungen für die Zeit nach dem 31 März d. J. enthält, im Reichstag eingebracht und von demselben angenommen worden ist. Gewiß, so wird es sich vollziehen. Die konservativ-ultramontan-nationalliberal-freisinnige Mehrheit des Reichstages wird mit leichtem Herzen auch die neue weltpolitische Forderung bewilligen, als wäre es ein Pappenstiel. Auf der einen Seite Hunderte von Millionen Anleihe für China, auf der andern Brodwucher und drohender Zollkrieg. Eine reizende Aussicht! — Dem Reichstage ging der Entwurf einer Abänderung der Strandungsordnung zu. — Die Weingesetzkommission des Reichstags beschloß am Mittwoch, den Obstschaumwein mit 10 Pf. pro Flasche und alle übrigen Schaumweine einheitlich mit 50 Pf. pro Flasche zu besteuern. Die Regierungsvorlage will den Fruchtschaumwein mit 20 Pf, den durch Flaschengährung hergestellten anderen Schaumwein mit 60 Pf. und den nicht mittels Flaschengährung hergestellten Schaumwein mit 40 Pf. für jede Flasche besteuern. Ein Antrag, die Steuer mit 33 pCt. vom Werthe (als Staffelsteuer) zu erheben, wurde abgelehnt. — Die Justizkommission des Reichstags nahm am Mittwoch einen Antrag Stadthagen auf Bewilligung von Diäten für Schöffen an. — Er kommt, Edward VII. von England! Nach einer Kundgebung des Reuter'schen Bureaus erfolgt die Abreise nach Deutschland am nächsten Sonnabend. Alle Loyalitätsfanatiker können ihren Galafrack bürsten; es wird wirklich ernst. — Die Herren Agrarier sind bekanntlich sehr ungehalten darüber, daß es mit dem neuen Zolltarif so langsam geht, und haben dem Schatzsekretär v. Thielmann schon die Meinung gesagt. Sie wollen wissen, woran sie sind, bevor sie die Kanäle bewilligen. Um sich nicht noch einmal von Herrn v Wangenheim eine Rüge zuzuziehen, hat sich der Herr Schatzsekretär ordentlich auf die Hosen gesetzt. Wie die „Nat.-Lib. Korr." nun erfährt, sind in der letzten Zeit drei Beamte des Reichsschatzamts ununterbrochen (also wohl Tag und Nacht) mit den einschlägigen Arbeiten befaßt gewesen, so daß der Zolltarif noch in diesem Monat dem Bundesrath zugehen kann. — Die Kanalkommission des Abgeordnetenhauses bewilligte 9 670 000 Mk. zur Verbesserung der Vorfluth- und Schifffahrtsverhältnisse der unteren Havel. — Dr. Leyds wird sich in den nächsten Tagen nach Petersburg begeben, um den Zaren zu bestimmen, den Präsidenten Krüger zu empfangen. Präsident Krüger erwartet die Antwort des Zaren in Utrecht. — In Spanien hat jetzt der oberste Gerichtshof das Urtheil des Appellgerichts in der Angelegenheit des von den Jesuiten zum Eintritt in ein Kloster veranlaßten jungen Mädchens Namens Ubao kassirt. Sie wird nunmehr ihrer Familie wiedergegeben werden. — Im englischen Ugandagebiet hat, nach einer „Reuter"-Meldung aus Lamu, die britische Strafexpedition, welche zur Sühnung des Mordes an einem englischen Unterkommissar abgesandt wurde, Jaf Mahu, den Häuptling der Ogaden-Somalis, ohne auf Widerstand zu stoßen, besetzt. Der Sultan wurde gefangen genommen. — Die Weltausstellung in St. Louis 1903 ist gesichert. Stadt und Kongreß haben Jeder 500 000 Dollars bewilligt. — In Manila wurde, wie der „Frankf. Ztg." aus Newyork gemeldet wird, der belgische Vizekonsul Haeltmann wegen ar-

geblicher Hülfeleistung, die er den Aufständischen gewährt haben soll, verhaftet.

Rußland.

Sozialistenhatz. Aus Warschau wird gemeldet: Vor einiger Zeit hat wieder ein demonstratives Begräbniß eines Genossen stattgefunden. Das Arbeiterlied „Die rothe Fahne" wurde gesungen. Es kam zu einem thätlichen Kampf mit der Polizei, deren Führer nicht unversehrt davonkam. Fünf Personen wurden verhaftet. Das Begräbniß hat wohl in letzter Linie eine Veröffentlichung des stellvertretenden Generalgouverneurs veranlaßt, die jetzt an allen Säulen prangt. Demnach sollen alle öffentlichen Ansammlungen mit Waffengewalt auseinander getrieben werden. Als ob das nicht schon immer geschehen war! Die letzten Verhaftungen wurden in den patriotischen Kreisen vorgenommen. Es wurden verhaftet der Arzt Diuszato, die Brüder Gniazdowski, der Ingenieur Swidzinski, die Akademiker Belkowski und Gniazdowski und der Bankbeamte Drzewiecki. Die Angelegenheit der bei der „Robotnik"-Druckerei verhafteten Genossen geht sehr langsam vor sich. Genosse Pilsudzki wurde nach Petersburg übergeführt, seine Frau hat man freigelassen. Die Genossen Malinowski und Roznowski, die in die Sache verwickelt sind, sitzen in Warschau. In Warschau wimmelt es von Spitzeln. Die Hausmeister werden von der Polizei gezwungen, Spitzeldienste zu leisten. Wahrlich — die Zarenschergen wissen nicht mehr, was sie anfangen sollen. Als sie vor einem Jahre die Druckerei des Parteiorgans „Robotnik" (Arbeiter) durch einen Zufall faßten und diese Nachricht überall verbreiteten, glaubten sie die Partei vernichtet zu haben — und die „Sozialistische Partei Polens" hat in der Zwischenzeit wieder einige Nummern ihres Blatts herausgegeben. Im Sommer kamen die Todesurtheile, mit der Farce der Begnadigung — auch sie machten keinen Eindruck. Was werden die Schergen nun thun? Den Fortschritt der „Socialistischen Partei Polens" können sie auch nicht um einen Schritt hemmen!

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Bisher vermochten die Engländer Dewet noch nicht zu fassen. Ja, sie scheinen nicht einmal recht zu wissen, wo er sich eigentlich befindet. Nach altbewährter Taktik haben sich nämlich die Truppen Dewets in zwei Abtheilungen getrennt, welche gegen Westen und Süden vordringen; sie täuschen damit ihre Verfolger und zersplittern deren Kräfte. Eine dieser Dewet'schen Kolonnen soll angeblich von General Plumer verfolgt werden. Um das englische Volk nun wenigstens über den Aerger hinwegzutäuschen, daß Dewet abermals Kitchener entkommen ist, melden Londoner Blätter aus Kapstadt „gerüchtweise", daß Präsident Steijn gefangen genommen worden sei. Wenn an dieser Nachricht auch nur irgend etwas wahr wäre, so hätte sicherlich Kitchener oder Milner schon längst den offiziellen Draht spielen lassen. Viel glaubhafter klingt dagegen die aus Pretoria kommende Nachricht, daß sich die englische Kolonne Smith Dorrien in der Nähe von Wonderfontein „isolirt" befindet. Das konnte also passiren, trotzdem Kitcheners Vorstoß mit sieben Kolonnen die Buren aus dem Südosten von Transvaal „gefegt" haben sollte; das ist sonderbar, wirklich sehr sonderbar! Ferner veröffentlichen die Londoner Blätter Depeschen aus Pretoria, wonach der Eisenbahnzug, welcher, wie gemeldet, Montag früh zwischen Vereenigung und Johannesburg entgleist war, das Gepäck Kitcheners enthielt und unmittelbar vor einem anderen Zuge fuhr, worin Kitchener von de Aar nach Pretoria zurückkehrte. 4 Güterwagen sind zertrümmert und der Lokomotivführer getödtet. Die Buren hielten Karren und Wagen bereit, um den Inhalt des entgleisten Zuges fortzuschaffen, wurden aber durch ein von dem gepanzerten Wagen des Zuges, worin sich Kitchener befand, eröffnetes Feuer vertrieben. Es hat also abermals nicht viel gefehlt, daß Kitchener in die Gefangenschaft der Buren gerieth.

Allerhand kleine Gefechte, über die das Londoner Kriegsamt nichts oder doch nichts Näheres gemeldet hat, werden durch die amtliche Verlustliste jetzt bekannt. Am 14. Februar fand bei Wolenkuilen in der Kapkolonie ein Scharmützel statt, das den Engländern an Todten 5 Mann, an Verwundeten 2 Offiziere und 8 Mann und an Gefangenen 2 Offiziere und 5 Mann kostete. Am 14. Februar wurden bei Hamelfontein, in der Nähe von Molesberg, 3 Mann getödtet, 1 Offizier und 5 Mann verwundet und 2 Mann gefangen genommen, während am 16. Februar bei Schwartzkopjes 1 Offizier und 2 Mann getödtet, 1 Offizier und 9 Mann verwundet und 5 Mann gefangen genommen wurden.

„Daily Telegraph" meldet aus De Aar: Eine Abtheilung von 50 Buren brachte Nachts einen Kohlenzug bei Taaibosch (zwischen De Aar und Naauwport) zur Entgleisung, beschoß ihn und stürzte die Wagen um, welche mit Kaffern besetzt waren. Zwei Kaffern und ein Yeoman wurden getödtet. Schleunig trafen Panzerzüge auf dem Schauplatze ein und eröffneten das Feuer. Ein Mann wurde getödtet, zehn gefangen genommen. — Bis auf die Gefangennahme der zehn Buren dürfte die Geschichte wohl richtig sein.

Theron, der Präsident des Afrikanderbonds, hat beschlossen, den Friedensabgesandten zu antworten, er könne die Stellung der Abgesandten auf Grund der Bondkonstitution nicht anerkennen und sei nicht in der Lage, in Verhandlung mit einer Körperschaft zu treten, deren Grundsätze von denen der Afrikanderpartei abweichen. Nichtsdestoweniger biete er seine Dienste den eingesetzten Behörden an, den Frieden unter ehrenvollen Bedingungen für beide Theile und in Uebereinstimmung mit der Politik der Afrikanderpartei wiederherzustellen.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Die Hafenarbeiter haben sämmtlich die Arbeit wieder aufgenommen. Neue Pestfälle sind angeblich bisher nicht vorgekommen. — In Lourenzo Marques traf ein portugiesischer Truppentransport von 700 Mann ein.

Ein soeben aus Südafrika zurückgekehrter englischer Preßvertreter, der vor fünf Wochen mit Christian Dewet bei Lindley persönlich zusammentraf, erzählt folgendes: Als ich den Burengeneral, den ich lange Jahre in Pretoria gekannt habe, befragte, ob es wahr sei, daß er die gefangenen Engländer, die er wieder frei läßt, ähnlich wie früher sein Vieh, mit glühendem Eisen brandmarke (indem ich auf das viel verbreitete Histörchen von dem gebrannten „D. W. O." [Dewet's Own] hinwies), antwortete er mit grimmigem Lächeln: „Das ist natürlich erfunden, wäre übrigens auch unnöthig, denn alte, liebe Bekannte, die man so häufig bei sich sieht, kennt man doch auch ohne eine Visitenkarte wieder."

China.

Vom Chinawirrwarr. Ein Reuter-Telegramm aus Peking vom 19. d. M. meldet: Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang erhielten ein Telegramm vom Hofe, daß der Hof allen Forderungen der Mächte nachkommt, obgleich er über einige minder bedeutende Punkte noch nähere Aufklärung wünscht. Ein weiteres Telegramm desselben Bureaus besagt: Die Gesandten gaben den Chinesen acht Tage Zeit, um befriedigende Edikte zu erlassen. Die Gesandten erklären, dies könnte nicht als Ultimatum betrachtet werden, da es sich in der Hauptsache nur um die Einstellung der Prüfungen und die Haftbarmachung der Gouverneure derjenigen Provinzen handle, wo Frevelthaten begangen seien.

Nach Londoner Blättern hatte der deutsche Gesandte den chinesischen Bevollmächtigten am Sonnabend mitgetheilt, daß Graf Waldersee Vorbereitungen getroffen habe, um eine große Expedition am 23. Februar nach Singanfu abzusenden, wenn die Chinesen nicht inzwischen die Forderungen der Mächte erfüllt hätten. Die chinesischen Bevollmächtigten telegraphirten darauf an die Kaiserin und ersuchten sie um schleunige Erfüllung der Forderungen. Später theilte ein Attachee der englischen Gesandtschaft den Bevollmächtigten mit, daß die englischen Truppen an der Expedition theilnehmen und nicht eher ruhen würden, bis sie den ganzen Hof in ihren Händen hätten. Die Bevollmächtigten sandten darauf schleunigst eine zweite Depesche an die Kaiserin ab. Darnach benachrichtigte ein japanischer Attachee Li-Hung-Tschang, daß die Japaner unter dem Oberbefehl Waldersees ständen und an der Expedition theilnehmen würden, worauf eine dritte Depesche an die Kaiserin abging. — In diesen Nachrichten ist nicht die Rede davon, daß Rußland und Amerika an der Expedition theilnehmen wollen. Ausdrücklich meldet aber Reuters Bureau aus New York, daß der amerikanische Gesandte Conger in Peking Einspruch gegen derartige feindselige Bewegungen erhoben habe; dem Protest sei aber nicht stattgegeben worden, da die anderen Gesandten erklärten, sie hätten keine Ermächtigung, die militärischen Operationen zu beeinflussen. Obwohl nach den obigen Nachrichten in Folge der Nachgiebigkeit des chinesischen Hofes der Zweck der Expedition, den Chinesen „einen heilsamen Schrecken" einzujagen, bereits erreicht ist, melden doch noch „Standard" und „Morning Post" aus Tientsin, daß die Expedition am 1. März abgehen werde. Einer Depesche der „Morning Post" aus Peking zufolge werde Graf Waldersee selbst die Expedition führen; unter ihm werde der französische General Voyron ein Kommando übernehmen. Amerikanischen Nachrichten zufolge soll die Expedition aus sechs Abtheilungen bestehen; je zwei sollen von Peking, Tientsin und Paotingfu ausgehen. Alle Truppen, besonders die deutschen, werden scharf für die Expedition gedrillt.

Ueber die jetzige Lage in der Mandschurei unterrichtet ein Telegramm des „Hamb Corr." aus Niutschwang. Der Spezialkorrespondent des Hamburger Blattes meldet unter dem 19. Febr. von dort: „Ich reiste als erster seit Beginn der Unruhen auf Chinesenkarren durch die Mandschurei zur Bahn Niutschwang-Schanhaikwan ab. Tschintschofu ist zerstört und wird von den Russen bewacht. Es soll unbedingt russisch bleiben. Angeblich befinden sich 6 Regimenter Russen in der südlichen Mandschurei. Zahlreiche Scharmützel fanden statt mit Räuberbanden in Stärke bis zu 2000 Mann, die meist aus entlassenen Soldaten bestanden, und mit regulärem Militär. Der Militärgouverneur von Mukden, Su, sammelte eine Armee, griff am 10. Februar die Bahnstrecke nach Schanhaikwan an und umzingelte die Russen in Tschintschofu und Kabensie. General Fleischer brachte mit zwei Regimentern Entsatz. Die Russen hatten ziemliche Verluste und sind nicht im Stande, des Aufstandes oder des Militärs Herr zu werden! — Ein Telegramm des russischen Generals Grodekow aus Charbin meldet dagegen, daß in den Bezirken Nertschinsk und Troitzkosawsk in Transbaikalien der Kriegszustand aufgehoben ist.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 21. Februar 1901.

Die Lübecker Streikpostenverordnung ist nun endlich zu den Todten gelegt. Wie gegen den Genossen Molkenbuhr war bekanntlich auch gegen den Redakteur Huth von der „Brandenburger Ztg." das Verfahren wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze eingeleitet. Jetzt hat die Strafkammer in Potsdam dem Genossen Huth mitgetheilt, daß der Termin wider ihn nicht stattfinde, da der Staatsanwalt seine Berufung gegen das freisprechende Urtheil zurückgenommen habe. — Die Verordnung ist noch immer nicht aufgehoben!

Verbandstag der Bauarbeiter. Der Verbandsvorsitzende Mohnk referirte über die Taktik bei Streiks, wobei er vor unbesonnenen Lohnbewegungen warnte und eine Verschärfung des Streikreglements forderte. Auch sei es falsch, die Pläne zu früh auszuposaunen und so die Unternehmer vorzubereiten auf den Kampf. In der Diskussion wurde über unsolidarisches Verhalten der Maurer und der Gewerkschaftskartelle geklagt.

Ueber „sozialdemokratische Marinesachverständige" glaubte sich vor längerer Zeit die „gutgesinnte" Presse, insbesondere auf Kommando die **Amtsblätter**, lustig machen zu können. Jetzt liegt in der „Schlesw.-Holst. Volksztg." eine Nachricht vor, welche beweist, wie deplazirt der gezwungene Spott war, den die Leute sich erlaubten. Da heißt es: „Alle Fachleute auf der kaiserlichen Werft und mit ihnen wir waren der Ueberzeugung, daß mit dem großen Panzerkreuzer „Fürst Bismarck", dem Schiff der ewigen Umbauten und Experimente, ein ganz verfehlter Typus geschaffen worden ist. Ebenso erklärten jene und wir die verkürzten Probefahrten gerade bei diesem Schiff für etwas Bedenkliches. Jeder Schiffsverständige sah das Unglückskind der Kieler Werft mit Bedenken nach Asien abgehen und mancher, der einen Verwandten oder Freund an Bord hatte, hat erlöst aufgeathmet, als es hieß, der „Bismarck" habe sein Ziel erreicht. Jetzt kommt eine Nachricht, die zeigt, wie berechtigt alle Bedenken waren. „Fürst Bismarck" lag zu Weihnachten in Tsingtau und wurde reparirt. Nicht weniger als 6 Spanten waren gebrochen. Wenn man sich die massiven eisernen dicken und stellenweise kaum einen Fuß von einander entfernten Spanten eines Kriegsschiffes, wie der „Bismarck" ist, vorstellt, so weiß man, was das zu bedeuten hat, wenn gleich sechs Stück davon entzwei gegangen sind. Warum ist ein so bedeutender Schiffsunfall in Deutschland gar nicht bekannt gegeben worden. Scheut man den Hinweis auf die mangelhafte Konstruktion des Schiffes, der naturgemäß wieder auftauchen muß?"

Zu ständigen Sachverständigen hat das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hierselbst erwählt: 1. zur Begutachtung für Fälle der inneren Medizin Herrn Dr. Hofstaetter; 2. zur Begutachtung für Augenkrankheiten Herrn Dr. Gagzow; 3. zur Begutachtung für chirurgische Erkrankungen Herrn Dr. Hartmann, 4. zur Begutachtung für nervöse Erkrankungen Herrn Dr. Facklam.

Gedenket der hungernden Vögel! Diese beherzigenswerthe Mahnung liest man jetzt vielfach in der Presse. Wir erwarten, daß angesichts des geplanten Brodwuchers die Mahnung, der hungernden Menschen zu gedenken, auch nicht vergessen wird.

Eine Radfahrsteuer will sich die Stadt Güstrow nach berühmten hanseatischen Mustern zulegen.

Sonnabend
Vereinshaus
Protest-Versammlung!

Beamtenbesoldungsetat. In die gemeinschaftliche Kommission hat der Senat seine Mitglieder Dr. Plessing, Dr. Eschenburg und Dr. Schön entsandt. Den Vorsitz führt Erstgenannter, das Protokoll Staatsarchivar Dr. Hasse.

Als Besatzung der Zollbarkasse sollen zum 1. April beim Hauptzollamte zwei Schiffer (Führer) mit 2182 Mark und ein Heizer mit 1380 Mark Durchschnittsgehalt und Pensionsberechtigung angestellt werden.

Im Stadttheater findet heute, Donnerstag Abend, eine Aufführung von Verdi's „Troubadour" statt. Die angekündigte Aufführung von Gounod's „Faust" kann wegen Heiserkeit des Herrn Gießwein leider nicht stattfinden.

Gegen den Brodwucher! Die Hamburger Bürgerschaft hatte gestern einen großen Tag. Sie verhandelte über den von uns mitgetheilten Antrag Patow und Genossen betr. die Getreidezölle. Als eifriger Agrarier vertheidigte löwenmuthig der antisemitische Porzellanmaler Raab das geplante Attentat auf das tägliche Brod der Armen. Ihm trat der Großrheder und frühere Reichstagsabgeordnete Woermann scharf entgegen. Der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit (**119** gegen **5** Stimmen) angenommen. — In Tonndeich bei Wilhelmshaven fand eine von über 800 Personen besuchte Protestversammlung statt, in welcher Genossin Zietz-Hamburg und Genosse Hug-Bant als Redner auftraten.

-o- **Otto Ernst-Abend.** In den letzten Jahren ist es bei uns in Deutschland vielfach Mode geworden, sich von Dichtern, die einiges Renomée besitzen, aus ihren Werken vorlesen zu lassen. Auch in Lübeck beginnt man dieser Mode, über deren Nützlichkeit man übrigens sehr getheilter Meinung sein kann, zu fröhnen. Unlängst erst las auf Veranlassung des „Vereins Lübecker Journalisten und Schriftsteller" Detlev von Liliencron und Dienstag stellte sich auf Veranlassung des „Lübecker Leseabends von 1890", einer Vereinigung von Freunden der Litteratur, Otto Ernst aus Hamburg einem so zahlreichen Publikum vor, daß der große Kasinosaal überfüllt war. Otto Ernst (Schmidt) ist den Lesern des „Volksboten" ein guter, alter Bekannter. Wie so oft schon haben sie sich an den Erzeugnissen seiner dichterischen Muse, die in der „Neuen Welt" oder im „Wahren Jakob" standen, ergötzt! Die wohlthuende Frische, die allem, was der Feder Otto Ernst's entsprungen, anhaftet, besonders aber der offene, ehrliche Charakter, der sich in allem, was den Namen Otto Ernst's trägt, offenbart, haben den Dichter unseren Lesern lieb und werth gemacht. In neuester Zeit haben noch das Lustspiel „Jugend von heute" und die Schulmeisterkomödie „Flachsmann als Erzieher" den Namen des Dichters weithin bekannt gemacht, daher auch die Fülle des Besuches bei der Vorlesung. Im Allgemeinen, so sagt man, und die Litteraturgeschichte bringt dafür mehrfach Beweise, sollen Dichter meist immer die schlechtesten Vorleser ihrer eigenen Werke sein. Von Otto Ernst gilt das sicherlich nicht. Er liest gut und weiß auch, wie und wo er am besten einen Effekt erzielen kann. Den Kontakt mit dem Publikum hatte er sehr bald gefunden. Am besten von dem, was der Dichter bot, gefiel uns die Erzählung „Die Hosentaschen des Erasmus". In welcher anschaulichen, keineswegs etwa trivialen Weise schildert doch darin der Dichter den Inhalt der Hosentaschen eines achtjährigen Jungen! Die Geschichte hat übrigens vor Jahr und Tag in der „Jugend" gestanden. Die Auswahl der Gedichte, die der Dichter-Vorleser vortrug, war sehr gut getroffen und gab ein gutes Bild von der Eigenart des Dichters. Zum Schlusse las Otto Ernst noch „Das Märchen von der Wintersonnenwende" vor, eine gedankenreiche und gedankentiefe Dichtung, die den lebhaftesten Beifall des zahlreichen Auditoriums fand. Otto Ernst kann sich wahrlich nicht über die Aufnahme beklagen, die er in Lübeck gefunden hat.

Gegen die Getreidezölle hat gestern Abend der Verein der freisinnigen Volkspartei Stellung genommen.

Die „Hanseatische Dampfschifffahrts-Gesellschaft" will für das verflossene Jahr 12 Prozent Dividende vertheilen.

Mit den Bürgerschaftswahlen will sich am Freitag der Verein Lübecker Wirthe beschäftigen.

Seefahrer-Krankenkasse. Die diesjährige ordentliche General-Versammlung findet am Sonntag, Nachmittags 3½ Uhr, bei Fürß, Engelsgrube 59, statt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg wurde der Arbeiter Josef Kozubek verhaftet, welcher beschuldigt wird, in Sarstedt bei Hildesheim den in Gothendorf bei Eutin beheimatheten Arbeiter Pieper ermordet und beraubt zu haben. — In Erdbeerenberg bei Schleswig stürzte der 63jährige Arbeiter Raßmussen beim Wasserholen in den Brunnen und ertrank. — In Gneve bei Röbel stürzte der Arbeiter Hahn vom Scheunenboden und erlitt tödtliche Verletzungen. — Im Dannenwalder Forst bei Fürstenberg wurde ein Holzfäller durch einen stürzenden Baum erschlagen.

Neupflasterung sollen in diesem Jahre erhalten: Engelsgrube (Untertrave bis Engelswisch), untere Glockengießerstraße (Wakenitzmauer bis langer

Lohberg), Fleischhauerstraße (Königstraße bis Schlumacherstraße), Kohlmarkt, Hüxterdamm (Kanalbrücke bis Mauer), Kirchenstraße (Fackenburger Allee bis Steinraderweg), Fahrbahn der Marienstraße.

Zoologischer Garten. Die Eisenb.-Ztg." theilt mit, daß der hiesige Vertreter der Wandsbeker Brauerei sich an den Senat mit der Bitte gewandt habe, ihm bei Wiedereröffnung des zoologischen Gartens in der Arnimstraße die früher an Wache gewährte Subvention von jährlich 5000 Mark auch zukommen zu lassen, daß er aber einen ablehnenden Bescheid erhalten habe. Angeblich wird die Sache jetzt an die Bürgerschaft gebracht werden.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** In das Handelsregister ist am 19. d. Mts. eingetragen die Firma „Hermann Buhlert, Nusse" und als deren Inhaber Hermann Ernst Heinrich Buhlert, Kaufmann in Nusse. — Ueber das Vermögen der Kommanditgesellschaft Wilhelm Heinemann in Eutin ist das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Barelmann ist zum Konkursverwalter ernannt. — Montag, den 25. d. M., Nachm. 2 Uhr kommen in Geertz's Gasthof zu Schwartau zum öffentlichen Verkauf: Brammersöhlen. Buchen: 408 Rm. Nutz- und Brennholz und 150 Haufen Zweigholz.

Kiel. Die Stadtvertretung hat beschlossen, eine Anleihe von zwölf Millionen Mark aufzunehmen. — Ein Handelshafen ist seit langem der Wunsch der Stadt, welche ihn in der Wiker Bucht anlegen wollte. Das leiden jedoch die Interessen des Wassermilitarismus nicht. Die Marineverwaltung soll nun den Vorschlag gemacht haben, den Handelshafen entweder nach Süden oder durch den Stichkanal zu vergrößern oder am Kaiser Wilhelmkanal, etwa zwischen Projensdorf und Holtenau.

Sternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 20. Februar

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 650 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Bestandschweine 55—57 Mk., leichte 54—56 Mk. Sauen 48—53 Mk. und Ferkel 49—53 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief nur langsam.

Zugeführt wurden 1250 Stück. Preise: Beste 95—100 Mk. geringere 60—80 Mk. pr. 100 Pfd.

Socialdemokratischer Verein.

Die Beerdigung unseres Genossen

Paul Häseler

findet am Sonnabend den 23. Februar, Morgens 10½ Uhr, von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

Die Genossen werden ersucht, sich um 9½ Uhr im Vereinshaus einzufinden.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht

Der Vorstand.

Für die vielen Beweise der Theilnahme und die reichen Kranzspenden, insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Lüthge beim Ableben unseres Bruders und Schwagers

Joachim Rothe

sagen ihren tiefgefühlten Dank

seine Brüder und Schwestern.

Lübeck, den 20 Februar 1901.

Zu mieth. gesucht ein kleines Haus

zum 1. Juli. Offerten mit Preisangabe unter **F W** an die Exped. d. Bl.

Suche zu sofort

einen verheiratheten Malergehülfen.

Schützenstraße 21a. 2. Et.

Ein Kinderfußwagen billig zu verkfn.

Heinrichstraße 24.

Perfecte Schneiderin empfiehlt sich

in und außer dem Hause Ziegelstraße 19 b

Unter Garantie der Haltbarkeit

werden unter alte emaillirte Töpfe neue emaillirte Böden gesetzt

Alfstraße 31.

Freitag: Prima junges Rindfleisch

Heinrichstraße 3

---

2 Pfd.-Dosen jg. Schneidebohnen 35 Pf.
2 „ „ „ Brechbohnen 35 „

Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Max Kegel's

Socialdemokratisches Liederbuch.

Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Reclam's Bibliothek

in Taschenformat.

Romane und Novellen der beliebtesten Schriftsteller

à Bändchen 20 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Ausverkauf

wegen gänzlicher Aufgabe des

Uhren-Geschäfts

Cornelius Michaelsen,

Holstenstraße 33.

1900er Legehühner.

Frühbrut, starke, gesunde und wetterfeste Thiere, gelbbeinige Italiener, tägliche Eierleger, beliebige Farbe, 14 Stück sammt großen rasseechten Hahn Mk. 23,50 franco jeder Bahnstation unter Garantie für lebende Ankunft. 10 Pfd.-Korb speckfette, frisch geschlachtete und gerupfte **Mastgänse,** Enten oder Poulards Mk. 4,80 franco, **Gänsefedern,** neue, kiel- und staubfreie, feinstgelesene, per Pfd. Mk. 1,10, feinste Gänsedaunen per Pfd. Mk. 3, bei Abnahme von 10 Pfd franco und zollfrei.

M. Kaphan, Podwoloczyska,

via Oderberg i. Schl.

Ausnahmsweise fettes Rindfleisch

Pfd. 45 Pfg Bratenstücke 50 Pfg.

D Kaben, Aegidienstraße 67.

Sterbekasse „Die Vertrauliche"

in Lübeck.

Für das Rechnungsjahr 1901 sind zu verwaltenden Vorstehern die Herren **J. W. H. Drath** und **P. J. D. Steen** gewählt worden. — Im Verhinderungsfalle tritt Herr **P. H. C. Schüder** als Ersatzmann für einen der Genannten ein.

Lübeck, den 20 Februar 1901.

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Wahlversammlung der Arbeitgeber

Mittwoch den 27. Februar 1901

Abends 8 Uhr

im Restaurant Fredenhagen,

Schüsselbuden 16

zur Neuwahl von Vertretern zur General-Versammlung.

Es sind zu wählen 89 Vertreter und 45 Ersatzmänner.

Lübeck, den 12 Februar 1901.

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Wahlversammlung der

a. Abtheilungen I, II, III, IV, V

Dienstag den 26. Februar 1901

Abends 8½, 8¾, 9, 9¼ und 9½ Uhr

b. Abtheilungen VI, VII, VIII und IX

Mittwoch den 27. Februar 1901

Abends 8½, 8¾, 9 und 9¼ Uhr

im Restaurant Fredenhagen, Schüsselbuden 16

zur Neuwahl von Arbeitnehmervertretern zur Generalversammlung.

Es sind zu wählen für

Abtheilung	I	10	Vertreter	und	5	Ersatzmänner
„	II	12	„	„	6	„
„	III	47	„	„	24	„
„	IV	33	„	„	17	„
„	V	12	„	„	6	„
„	VI	14	„	„	7	„
„	VII	40	„	„	20	„
„	VIII	7	„	„	4	„
„	IX	3	„	„	2	„

Laut Anlage zum Statut wählen in

Abtheilung I.

Architecten, Bau-Ingenieure, Bautechniker, Feldmesser, Mühlenbauer, Brunnenmacher, Zimmerer, Maurer, Steinhauer, Mühlsteinfabriken, Ofenfabriken, Ofensetzer, Töpfer, Ziegler, Stuckateure, Gypsfigurenmacher, Maler, Porzellan- und Steingutmaler, Lackirer, Vergolder, Spiegelfabriken, Glaser, Dachdecker, Asphaltirer, Steinsetzer und Schornsteinfeger.

Abtheilung II.

Goldschmiede, Uhrmacher, Mechaniker, Optiker, Graveure, Instrumentenmacher, Messerschmiede, Schleifer, Siebmacher, Telegraphenbauanstalten, Musik-Instrumentenmacher, Fortepianofabriken, Orgelbauer, Drehorgelbauer, Zahntechniker, Barbiere, Friseure, Bandagisten, Theater und Schaustellungen aller Art, Musiker, Schriftsetzer, Buchdrucker, Lithographen, Steindrucker, Photographen, Retoucheure, Lichtdrucker, Buchbinder, Portefeuillefabriken, Galanteriewaarenarbeiter und Cartonnagefabriken.

Abtheilung III.

Maschinenbauer, Nieter (Werft), Eisenarbeiter (Werft), Eisengießer, Modelltischler, Former, Nadler, Nagelschmiede, Feilenhauer, Drahtbinder, Gasfitter, Wasserleitungs-Anlagen, Schlosser (Maschinenschlosser), Geldschrankfabriken, Nähmaschinenfabriken, Büchsenmacher, Schmiede (Maschinenschmiede), Stellmacher, Rademacher, Wagenbauer, Spielwaarenfabriken, Klempner, Messingschläger (Beckenschläger), Kesselschmiede, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Metalldreher, Zinngießer, Gelbgießer, Rothgießer, Metallknopfmacher, Schuhmacher, Pantoffelmacher, Lederstepper, Gerber, Lohgerber, Rothgerber, Weißgerber, Lohmüller, Sattler, Tapezierer, Möbelpolsterer, Matratzenfabriken, Lederbereiter, Netzmacher, Segelmacher, Reifer (Reepschläger), Sägemühlen, Fournierschneider, Brettschneider, Holzzerkleinerungsanstalten, Tischler, Stuhlmacher, Kistenfabriken, Böttcher (Bandreißer), Drechsler (Elfenbeinschnitzer, Dreher für Bein, Holz und Metalle), Blockmacher (Leistenmacher), Holzbildhauer, Schiffsbauer, Bootbauer, Bürstenbinder, Korbmacher, Riepenmacher, Strohmattenmacher, Strohhülsenfabriken, Rohrstuhlflechter und Korkschneider.

Atheilung IV.

Müller, Dampfmühlen, Bäcker, Brodfabriken, Conditoreien, Kuchenbäcker, Fleischer, Wurstfabriken (Garbereiter), Schmalzraffinerien, Pferdeschlachter, Fischer, Brauereien, Branntweinbrennereien, Destillateure, Liqueurfabriken, Spritraffinerien, Weinküper, Mineralwasserfabriken, Fruchtkonservenfabriken, Essigfabriken, Genossenschafts-Meierei, Butterfabriken, Zuckerraffinerien, Couleurfabriken, Chocoladefabriken, Bonbonfabriken, Zuckerwaarenfabriken, Marzipanfabriken, Conservenfabriken, Fischräuchereien, Caffeebrennereien, Senffabriken, Tabakfabriken, Cigarrenmacher, Apotheken, Chemische Fabriken, Knochenmühlen, Leimsieder, Harzsieder, Pechsieder, Lichtgießer, Wachslichtfabriken, Seifensieder, Farbenfabriken, Flaschenlackfabriken, Wagenschmierfabriken, Schuhwichsfabriken, Zündholzfabriken, Dachfilz- und Pappefabriken, Piassavawaarenfabriken und Schmirgelfabriken.

Abtheilung V.

Gast-, Speise-, Schänkwirthschaften und verwandte Gewerbe.

Abtheilung VI.

Schneider, Näherinnen, Maschinennäherinnen, Confectionsgeschäfte, Wäschefabriken, Corsetfabriken, Putzmacherinnen, Blumenmacherinnen, Tapisseriegeschäfte, Stickerinnen, Färber und Drucker, Tuchbereiter, Leinenweber, Gurtenweber, Wergbereiter, Wattenfabriken, Bettfedernreiniger, Waschanstalten, Wäscherinnen, Plätterinnen, Bleicher, Kleiderreiniger, Knopfmacher, Posamentire, Buntfutterer, Kürschner, Mützenmacher, Hutmacher, Strohhutfabriken, Strohhutwäschereien, Handschuhmacher, Hosenträgerfabriken und Schirmmacher.

Abtheilung VII.

Waarenhandel, Geld- und Creditbandel, Speditions- und Commissionsgeschäfte, Speicher- und Kellereibetriebe, Buch-, Kunst- und Musikalienhandel, Handelsvermittlung, Güterpacker, Güterlader, Schaffer, Bracker, Wäger, Messer, Schauer und Stauer, Versteigerung, Pfandleihanstalten, Verleihungsgeschäfte, Engagements- und Stellenvermittlung, Annoncen- und Inseratenvermittlung, Versicherungsgewerbe, Eisenbahnen, Pferdebahnen, Miethkutscher, Fuhrunternehmer, Umzugsunternehmer, Pferdeverleiher und Reitbahnen, Badeanstalten, Binnenschifffahrt, Flößerei-, Prahm-, Fähr-, sowie Schiffsziehbetrieb.

Abtheilung VIII.

Land- und Forstwirthschaft einschließlich der Kunst- und Handelsgärtnerei.

Abtheilung IX.

Handlungsgehülfen- und Lehrlinge, sowie die in den Betrieben der Anwälte und Notare, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen.

Lübeck, den 12. Februar 1901.

Der Vorstand.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck.

— Fernsprecher 161. —

Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten

Lager- und Tafelbiere

in bekannter Güte, sowie unser

Kapuzinerbräu

welches nach **Münchener Art,** ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbitten uns Bestellungen direct oder durch die Bierfahrer.

Gesang-Verein „Freiheit."

Einladung zum

Ball mit Kappenfest

am Sonntag den 24. Febr. 1901

im Lokale des Herrn Chr. Koch, Einsegel.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg. Garderobe 20 Pfg.

Das Comitee.

Hochfeiner Kirschsaft

per Flasche 40 Pfg.

H. Menges, Marlesgr. 20.

Stadt-Theater.

Freitag den 22. Februar.

143. Vorst. 32 Vorst. außer Abonn. Bons gültig.

Ehrenabend Willi Saville.

Zum letzten Male.

Die Zauberflöte.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 45. Freitag den 22. Februar 1901. 8. Jahrgang.

Zum Leipziger Buchdrucker-Streik.

(Fortsetzung).

Damit vergleiche man nun das wirkliche Verhalten des Bogenitz, der, von Berlin zurückgekehrt, das Plakat schrieb und in Druck gab, ehe er Heinisch überhaupt zu Gesicht bekam und dadurch den Austritt der Verbandssetzer und damit den Bruch unvermeidlich machte.

Daß die Leipziger Geschäftsleitung angesichts der Kündigung der 27 Verbandssetzer die Möglichkeit in's Auge fassen mußte, nach Ablauf der Kündigung kein Personal zur Herstellung der Zeitung zu haben, liegt auf der Hand und macht die Fürsorge für diese Eventualität erklärlich. In welcher Weise dieselbe erfolgt war, ergiebt sich aus nachfolgendem Brief:

„Leipzig, den 26. November 1900

Lieber Auer! Die Aeußerung Eifler's, wir hätten bereits am 16 November, also zu einer Zeit, wo die Verbandssetzer noch garnicht gekündigt hatten, Engagementsbriefe versandt, ist völlig unzutreffend. Wir konnten ja garnicht wissen, ob die Kündigungen erfolgten Noch am 17. November*) (Freitags), als ich mit der Kommission verhandelte, erklärte ich derselben, daß noch kein Schritt zur Neueinstellung gethan sei. Ich habe der Kommission auch gesagt, daß wir die Kündigung eventuell am Sonnabend annehmen wollten, und falls am Sonnabend von Ihnen (Vorstand) ein Brief mit Vorschlägen kommt, wir am Sonntag oder am Bußtag verhandeln wollten; der Brief von Ihnen mit den Vorschlägen kam aber erst am vorigen Sonnabend, wo die Leute schon ihre Bündel zusammengelegt hatten und die Neueingestellten an der Thüre warteten.

Da war allerdings zu Verhandlungen ein sehr ungeeigneter Zeitpunkt. Die Plakate klebten bereits an den Ecken.

Ich erkläre also nochmals, daß die drei ersten festen Engagements am Montag, 19. November, eingegangen worden sind . .

Bestens grüßend

Ihr

G. Heinisch."

Da auch nicht der leiseste Grund vorliegt, an der Richtigkeit der Angaben des Genossen Heinisch zu zweifeln, so widerlegt dieser Brief alle die in Buchdruckerkreisen umlaufenden Gerüchte, als sei im Geschäfte der „Leipziger Volkszeitung" der Schlag gegen die Verbandssetzer von langer Hand vorbereitet gewesen. Gerade für den Geschäftsleiter Heinisch — der nebenbei bemerkt, selbst Verbandsmitglied war und jetzt, aus Anlaß der Leipziger Wirren, in ganz rigoroser Weise ausgeschlossen wurde und dadurch seiner durch jahrelange hohe Beiträge erworbenen Anrechte an die Unterstützungskassen verlustig gegangen ist — brachten die dauernden Häckeleien zwischen den Verbands- und Gewerkschaftssetzern, von denen erstere ⅔, letztere ⅓ des Personals bildeten, recht viele Unbequemlichkeiten mit sich. Diese durch einseitige Bevorzugung noch zu vermehren, dafür lag für Heinisch sicher nicht der leiseste Grund vor.

Aus dem vorstehenden Briefe des Heinisch ergiebt sich, daß die Geschäftsleitung der „Volkszeitung" bereit war, die Verhandlungen fortzusetzen, und daß die Verbandssetzer davon unterrichtet waren. Es steht fest, daß von dem Partei-Vorstande Vermittelungsvorschläge vorlagen, die auch die Zustimmung des Verbandsvorstandes gefunden hatten.

Es ist 99 gegen 100 zu wetten, daß wenn Bogenitz loyal gehandelt und sich des Treubruchs nicht schuldig gemacht hätte, das Aeußerste, die Aufgabe der Arbeit seitens der 27 Setzer, nicht eingetreten und ein Ausgleich der Differenzen in letzter Stunde noch herbeigeführt worden wäre. Bogenitz' folgenschwere Handlung ist aber bis jetzt von seinen Verbandskollegen mit keinem Worte desavouirt worden, im Gegentheil, das Verbandsorgan hat den Treubruch beschönigt, und von seinen Verbandsgenossen ist Bogenitz an die Spitze der Organisation gestellt, die in Leipzig ins Leben gerufen wurde, um die **Partei**-Institutionen, „Volkszeitung" und Druckerei durch Abtreiben von Abonnenten und Druckaufträgen zu Grunde zu richten.

Wir geben ohne Rückhalt zu, und wir wissen uns damit im Einverständniß mit der erdrückenden Mehrheit der Parteigenossen, daß der Beschluß der Leipziger Genossen, die Entlassung von Arbeitern von ihrer politischen Parteithätigkeit abhängig zu machen, ein großer Fehler war.

Es steht aber auch fest, daß von allen berufenen Organen in der Partei von Anfang an kein Zweifel gelassen wurde, daß hier ein Fehlgriff gemacht, und daß man bereit sei, denselben wieder aus der Welt zu schaffen.

Der Kündigung in Leipzig lag kein Streit aus dem Arbeitsvertrage zu Grunde. Die Arbeitsverhältnisse in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" sind für das in Betracht kommende Personal nach den Bestimmungen des Verbandstarifs geregelt und auch von den Ausständigen wird nicht behauptet, daß diese Bestimmungen nicht strikte innegehalten worden seien.

Die Differenz ist entstanden, einmal, weil der Verband nicht anerkennen wollte, daß die Bethätigung einer bestimmten politischen Gesinnung ein Entlassungsgrund sein sollte und zweitens, weil der Verband verlangte, daß bei Entlassungen nach dem Grundsatze der Ancienuität vorgegangen werde. Was nun den ersten Differenzpunkt betrifft, so wurde den Vertretern des Verbandes von der ersten Stunde an, wo sie mit der Parteileitung in Verbindung traten, ein Zweifel daran nicht gelassen, daß der in Leipzig aufgestellte Grundsatz unhaltbar und von der Gesammtpartei desavouirt werden würde. Auer's Brief vom 13. November spricht sich darüber in wünschenswerthester Deutlichkeit aus und er giebt nur den Inhalt der Verhandlungen zwischen dem Partei-Vorstande und den Vertretern der Verbandssetzer wieder.

Was aber den zweiten Differenzpunkt betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß der Vorsitzende des Ortsvereins der Verbandssetzer in Leipzig, Engelbrecht, in der ersten Unterredung mit dem Partei-Vorstande selbst hervorhob, daß der Verband diese Forderung bei bürgerlichen Unternehmern natürlich nicht stelle, daß man aber in von Arbeitern gegründeten und betriebenen Geschäften diese Forderung aus Billigkeitsgründen glaube stellen zu können. Im Buchdruckertarif, also im Arbeitsvertrag, finde diese Forderung keine Begründung.

Von unseren Vorstandsmitgliedern wurde bei der Gelegenheit bereits darauf hingewiesen, daß man in der Entlassung nach Antiennität ein praktisches Auskunftsmittel erkenne, vor Allem für die Geschäftsleitungen selbst um Unannehmlichkeiten, die sich bei nothwendig werdenden Entlassungen leicht einstellen können, zu vermeiden. Es wurde aber damals bereits betont, daß die Entlassung nach Anciennität nur als Regel anerkannt werden könne, die, wie alle Regeln, ihre Ausnahmen habe.

Von den Vertretern des Verbandes wurde dieser Standpunkt durch alle späteren Verhandlungen als korrekt anerkannt. Also auch dieser Punkt war erledigt.

Es steht also fest, daß der Kündigung keine Differenz zu Grunde lag, die sich aus dem Arbeitsvertrag hätte herschreiben lassen.

Ebenso steht es fest, daß von Seiten der Partei das bereitwilligste Entgegenkommen zu Verhandlungen bekundet wurde über Differenzen, die ihren Grund nicht im Arbeitsvertrage, sondern in Forderungen hatten, die über die im Tarife gegebenen Grundlagen hinausgehen, und von den Verbandssetzern nur gestellt wurden, weil es sich um ein Arbeitergeschäft handelte.

Die Verbandssetzer beanspruchen also nicht nur auf der durch den Tarif gegebenen Basis behandelt zu werden. Sie begnügen sich in Arbeitergeschäften nicht mit dem durch den Tarif geregelten Verhältniß zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern beanspruchen noch darüber hinaus mit einem gewissen Wohlwollen behandelt zu werden.

Wir finden dies Verlangen nicht unbillig, aber es darf nicht nach dem Grundsatze geübt werden: Was Dein ist, ist mein, und was mein ist, geht Dich nichts an.

Verlangen die Schriftsetzer in den Geschäften der Arbeiterpartei gewisse Benefizien, die im Arbeitsvertrag nicht begründet sind, so kann die Arbeiterpartei als Gegenleistung verlangen, daß man auch ihr gegenüber sich nicht auf den strikten Standpunkt stellt, der rücksichtslosen bürgerlichen Unternehmern gegenüber am Platze sein mag. Hier heißt es: Vertrauen gegen Vertrauen! Ein Arbeitergeschäft darf nicht mit Streike heimgesucht werden, ehe nicht die letzte Chance eines Ausgleichs vorhandener Differenz versucht worden ist.

Dieser Versuch ist in Leipzig aber nicht gemacht, sondern durch den Treubruch Bogenitz' direkt hintertrieben worden.

Ihre eigenen Ansprüche auf besondere Benefizien, wie das von der ersten Stunde an bekundete Entgegenkommen der Partei, legte den Verbandssetzern die Verpflichtung auf, ein gewisses Maßhalten bei dem Austragen der Differenz zu beobachten. Wie wenig diese Taktik aber befolgt wurde, dafür zeugen alle Auslassungen der Verbandssetzer und ihres Organs, vom Bogenitz'schen Plakat angefangen bis zu den Nummern des „Correspondent" aus dem letzten Drittel des Januar in diesem Jahre.

Wenn aber kein Streit aus dem Arbeitsvertrag vorlag und von Seiten der betheiligten Kreise wiederholt der ernste Wille bekundet wurde, die sonst aufgetauchten Differenzen friedlich beizulegen, so fehlte jeder verständige Anlaß die Arbeit niederzulegen.

Auch die sozialdemokratische Partei kann den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern nicht das Recht zugestehen, Forderungen, die mit dem Arbeitsvertrag nichts zu thun haben, ins Blaue hinein zu stellen, mit der Wirkung, daß bei Nichterfüllung dieser Forderungen der Betrieb still zu stehen habe.

Das Verhältniß zwischen den Arbeitern und den Partei-Unternehmern soll auf Billigkeit, aber auch auf Gegenseitigkeit beruhen. Wäre von den Setzern dieser Grundsatz beachtet worden, dann hätten sie es nicht zum Aeußersten, der Arbeitsniederlegung, kommen lassen dürfen.

Ein Grund zum Streik lag nicht vor.

Wo aber kein Streik ist, kann auch von Streikbrechern keine Rede sein.

Beanspruchen die Setzer in Arbeitergeschäften ein über den nackten Arbeitsvertrag hinausgehendes wohlwollendes Verhalten ihren besonderen Wünschen gegenüber, dann dürfen sie auch nicht mit brutaler Rücksichtslosigkeit ein Arbeiterorgan, wie die „Leipziger Volkszeitung" eins ist, vor die Eventualität des Nichterscheinenkönnens stellen. Unter keinen Umständen aber durfte die von zuständigster Stelle angebotene Vermittelung durch Treubruch hintertrieben werden.

Das ist aber geschehen, und darin liegt die Rechtfertigung der Maßnahmen der Geschäftsleitung der „Leipziger

*) Der Genosse Heinisch irrt sich hier im Datum. Der Freitag in der dritten Novemberwoche fiel auf den 16, nicht — nach Heinisch — auf den 17. November. Wenn vom Partei Vorstand gezögert wurde in die Differenzen einzugreifen, so sind die Gründe dafür in Auers Brief vom 13. November an den Genossen Heinisch klar ausgesprochen.

Daß Auer's Brief mit den Vermittelungsvorschlägen erst am 24. November in Heinisch's Hände kam, resultirt daraus, daß Auer fest darauf vertraute, daß Bogenitz den ihm gewordenen Auftrag ausführen, Heinisch also am 23. November Vormittags unterrichtet sein werde. Auer schrieb also seinen Brief am 23. November Vormittags und sandte ihn mit „Eilbotenbestellung" ab. Mittlerweile prangte freilich Bogenitz' Plakat bereits an den Leipziger Anschlagsäulen.

Frauenloos.

Roman von E. Vely.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Kirchengänger gehen an Fine vorüber, alte und junge, Kinder und ein paar Soldaten, die auf Urlaub da sind. Jeder bietet seinen Gruß, eine gebückte Frau aus dem Dorf, das nur zehn Minuten von Altstein entfernt liegt und hier eingepfarrt ist, ruft vertraulich herüber: „Gelte Se, was für'n schlecht's Wetter? Wenn's nit um' lieben Herrgott wär', da brächt eins mich nit aus dem Haus."

„Ja, ja!" giebt Fine mechanisch zurück und geht vorüber.

Das Frauchen aber sagt zu der Nachbarin, mit der es gekommen ist: „Ei auch, wohl gar stolz, die da! Von was ist denn die her? Die Bessings ist nix als Pakasch, darauf noch stolz?" Und in den Regen hinein beginnt sie Geschichten zu erzählen von der Pakasch und wie ihr Mann seliger mit einem Darlehn nicht wieder zu seinem Recht gekommen ist und ab und an muß sie stehen bleiben, um Athem zu schöpfen.

„Du mein! du mein!" wundert sich ihre Gefährtin rechtschaffen.

„Und stolz!" sagt die Alte. „Guckt auch! Auf dem Weg in sein Herrgott sein Haus stolz! Denk's nur auch, Lische!"

Und sie sind einig, daß die junge Frau absolut unwürdig zu dem Kirchgang ist mit ihrem Hochmuthe. —

Fine's Gedanken sind nie demüthiger und gedrückter gewesen, sie fühlt, daß sie auch gar nicht die Kraft haben wird, unter die Gemeinde zu gehen. Der Orgelklang wird sie packen, die schlichten Weisen werden ihr die Thränen in die Augen treiben. Und die braucht sie nicht öffentlich fließen zu lassen, die kann sie an dem Bette ihres Kindes weinen.

Langsam steigt sie die Stufen hinan, die zur Thüre des Hauses neben dem Glockenthurm führen. Sie will Bettchen nur sagen, daß sie allein gehen soll — warum? Vielleicht, daß sie Gelegenheit findet, ihr heimlich zuzuraunen, daß Fenne fortgegangen ist, daß es ein solch unglücklicher Zufall, daß Anton gerade nicht daheim. —

Werkstatt, Küche, Vorratskammer stehen offen, von oben klingen lebhafte Stimmen herab, die wuchtige ihres Schwiegervaters, die kreischende seiner Frau, es ist wie ein Wortwechsel. Sie zögert, als sie den Fuß schon auf die Stufen gesetzt hat. Und sie denkt des Tages, an dem sie dieselben zum ersten Mal betrat.

Nun ein Schluchzen, das Aufschlagen einer Faust auf den Tisch, ein heftiges Verantworten der Frau. Sie zaudert, in Streit und Unfriede hinein zu kommen — es ist damit schon genug in ihren eigenen vier Wänden. An das Treppengeländer gelehnt, bleibt sie einen Augenblick stehn.

„Die Weiberwirthschaft sag ich, die Liederlichkeit!" hört sie den Bessing rufen und die schreiende Antwort der Frau ist: „du Prahlhans, du Großmaul! Wie heißen dich deine Kumpane? den Lügen-Bessing! Anders nit!"

„Weib!"

„Vor dir fürcht' ich mich lang nit!" Dann wird es stiller; Fine nimmt die letzten Stufen, ist an der Thür, pocht an.

„Ums Himmelswillen!" ertönt die Stimme ihrer Schwiegermutter; dann öffnet sich eine Spalte, Bettchen sieht hindurch. Das Gesicht ist noch blasser, als sonst, die Augen sind umrahmt von blauen Ringen.

„Finche ist's — das kann doch kommen?" fragt Bettchen in den Raum zurück und dabei gewahrt Fine, daß ihre Schwägerin noch in dem Arbeitskleide steckt, das sie des Morgens trägt.

„Wegen der Kirche" — sagt sie und vergißt über der Ungewöhnlichkeit des Empfanges den Gruß.

„Das freilich! Das muß es ja doch erfahren! Oder weißt's etwa'n schon?" giebt der alte Bessing zurück, als Fine nun eintritt. Er ist in Hemdärmeln, die grauen Haare stehen ihm ungekämmt wie Borsten um den Kopf und seine Frau hat eine schlotternde Nachtjacke an, der die meisten Knöpfe fehlen und die sie über der Brust zusammenhält. Sie sitzt am Kaffeetisch, auf dem noch das Geschirr steht. Auf dem Kopfe hat sie die Nachthaube schief hängen, ihre Füße stecken in zerrissenen Schleppantoffeln, die blauen Strümpfe sehen faltenbildend unter dem kurzen Unterrock hervor.

„Oder weißt's schon," erwiderte der alte Bessing, einen Schritt auf Fine zumachend. „Sollt' mich nit wundern — die Schand tragen die Leut' gern 'rum."

„Die Schand von Bessing erst recht — der hat ihnen zu groß dagestanden, das ist derweil ein Fressen für sie."

Fine schüttelt den Kopf, ihr bleibt jedes Wort, jede Frage auf der Zunge stecken, sie sieht Bettchen wie hilfeflehend an. Kann es denn hier noch etwas Schlimmeres geben, als was sie in dem kummerbeschwerten Herzen daher trägt?

„Hab' dich! hab' dich!" schreit die Frau ihren Mann an. „Du bist mir der Recht'! Du! Hätt'st gearbeitet und zusammengehalten, so ständen wir anders da. Und unserm eigenen Kinde wär's nicht zu schlecht geworden im Elternhaus! Ach, mein Klärche, mein lustig's Klärche!" Und sie wischt mit dem Jackenärmel die Thränen ab, welche ihr über das Gesicht laufen. „Mit dem Klärche ist meine Freud' und Lebenslust hin. Wenn i das denke" — und nun kommt das Weinen einem Heulen gleich.

Fine faßt Bettchens Arm, jeder Blutstropfen weicht aus ihrem zarten Gesicht. Das Klärchen, das lebenslustige Geschöpf ist am Ende gar — todt — sie wagt das Wort nicht auszusprechen. Da sagt Bettchens Stimme, in der volle Bitterkeit klingt:

„Klärche ist durchgegangen — mit dem Franzosen, dem Kammerdiener vom Schloß. Und hinter ihm her ist die Polizei, denn er hat die Frau Fürstin arg bestohlen. Geld

„Volkszeitung" und der sich ihr im kritischen Moment zur Verfügung stellenden Arbeiter.

Will man den Grundsatz vertreten, daß Arbeitergeschäften gegenüber die Arbeiter das Recht haben, jede beliebige Forderung zu stellen, und daß bei Nichtbewilligung derselben die betreffenden Arbeitergeschäfte im Verruf stehen und weiter dort beschäftigte Arbeiter Streikbrecher sind, dann spricht man die Unmöglichkeit der Existenz von Arbeitergeschäften überhaupt aus.

Diese Erwägungen und die Berücksichtigung der ganzen Sachlage war es, die den Fraktions-Vorstand in seinem Schiedsspruch vom 5. Dezember 1900 bestimmten, auszusprechen, daß:

„die Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker, welche in die durch Arbeitsniederlegung frei gewordenen Stellen eingetreten sind, nicht als Streikbrecher anzusehen seien."

Der Fraktions- resp. der Partei-Vorstand hält auch heute noch an diesem Urtheile fest.

Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit hat die Parteipresse so eingehend berichtet, daß wir uns wohl auf eine summarische Darstellung beschränken können.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung hat im Januar nach Zusammenstellung des Parteivorstandes eine Neubelastung um 4 Jahre und 8 Wochen Gefängniß und 1975 Mk. Geldstrafe erfahren.

Die Gratisspeisung bedürftiger Schulkinder auf Kosten der Stadt ist in Christiania seit dem Jahre 1896 eingeführt. Nach dem jetzt vorliegenden Bericht vom Jahre 1899 haben in diesem Jahre von den 24 264 Volksschülern 7799, also fast ein Drittel, von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht. An diese wurden 847 507 Portionen Essen ausgetheilt, was der Stadt eine Ausgabe von 52,62 Kronen pro Kopf verursachte. Außerdem wurden noch 45 946 Portionen gegen Bezahlung geliefert.

Die erste englische Labour Representation Conference (Arbeitervertreter-Konferenz) wurde vor kurzem in Manchester abgehalten. Anwesend waren 88 Delegirte, welche zusammen 465 000 organisirte Arbeiter vertraten. Unter den englischen Sozialisten besteht seit langem das Bestreben, Sozialisten bezw. doch wirkliche Arbeitervertreter in das Parlament zu bekommen, Abgeordnete also, die nicht mit Unterstützung der Liberalen gewählt und auf deren Programm verpflichtet sind. Zur Herbeiführung solcher Wahlen wurde die „Labour Representation Liga" gegründet, der sich auch Gewerkschaften anschlossen. Auf der oben bezeichneten Konferenz waren 41 Gewerkschaften mit 353 070 Mitgliedern, drei sozialistische Organisationen mit zusammen 22 861 Mitgliedern und sieben Gewerkschaftsräthe mit 91 000 Mitgliedern vertreten. Bei den letzten allgemeinen Wahlen im Oktober 1900 hat das Komitee 15 Kandidaturen unterstützt, zwei sind bekanntlich nur durchgekommen, nämlich Keir Hardie und Richard Bell. Die Konferenz nahm u. a. eine Resolution an, welche sich gegen den südafrikanischen Krieg und die Vernichtung der Republiken ausspricht. Ferner wurde beschlossen, daß die durch die Liga aufgestellten und gewählten Abgeordneten sich zu dem Prinzip des Klassenkampfs zu bekennen haben.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts hat den bekannten antisemitischen Judenfresser Grafen Pückler-Kleinschirne von der Anklage, durch eine im Herbst in der „Tonhalle" gehaltene Rede sich der Aufreizung schuldig gemacht zu haben, wie schon in einem früheren Falle, wieder freigesprochen, weil der Graf nicht ernst zu nehmen sei. Der Staatsanwalt hatte 150 Mark Geldstrafe beantragt. — Vor dem Schwurgericht in Berlin begannen am Montag die Verhandlungen gegen den vermeintlichen Mörder der 73 Jahre alten ehemaligen Lehrerin Medenwaldt. Angeklagt sind der 28 Jahre alte Arbeiter Georg Neumann und der 29 Jahre alte Arbeiter Emil Bober, Beide bereits wegen wiederholten schweren Diebstahls und ähnlicher Delikte mit Zuchthaus vorbestraft. Neumann ist des Mordes und schweren Raubes, Bober der Begünstigung angeklagt. Fräulein Medenwaldt war am 11. April v. J. in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden worden. Kopf und Hände der Ermordeten waren entsetzlich zugerichtet. Zuerst hatte sich der Verdacht auf einen in demselben Hause bei seinen Eltern wohnenden Tischlerlehrling gelenkt, der aber nach längerer Untersuchungshaft freigelassen wurde, da sich seine Unschuld herausgestellt hatte. In Neumann glaubt man nun den Mörder in den Anklagezustand versetzt zu haben. Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt 104. — Der Tollwuth erlegen ist in der Nacht zum Sonntag der 6 Jahre alte Sohn Paul des Korbmachers Richter aus Lauken in Schl., der, wie wir berichteten, von einem Hunde gebissen, aber erst nach dem Ausbruch der Krankheit der Tollwuth-Schutzstation in Berlin überwiesen worden war. Sein Leidensgenosse, der 12jährige Karl Welny, lebte am Sonntag noch. — Das Schwurgericht in Dessau verurtheilte den Pantoffelmacher Hein aus Alten, welcher in Klieken den Gastwirth Kracht, von dem er bei einem Einbruch überrascht wurde, ermordet hatte, zu lebenslänglichem Zuchthaus. — In Zielenzig (Brandenburg) wurde ein Landarbeiter von einem Inspektor geprügelt, weil er ihn einen grünen Jungen geheißen hatte. Seiner zu Hilfe eilenden Frau schlug der Inspektor einen Zahn aus. Das Schöffengericht verurtheilte den Inspektor zu drei Mark Geldstrafe, den Arbeiter zu vierzehn Tagen Gefängniß, damit die Autorität nicht leide. Bekanntlich kommt es bei deutschen Richtern nie vor, daß sie mit zweierlei Maß messen. — In Eisfeld bei Koburg wurde der Kassirer Karl Fischer bei der Heimkehr vom Maskenball von unbekannter Hand ermordet. — Aus Darmstadt meldet die „Frankf. Ztg.": Der vor einigen Wochen spurlos aus Darmstadt verschwundene türkische Oberleutnant Mehmed Afif, der in der Leibkompagnie des Darmstädter Leibgarde-Infanterie-Regiments Nr. 115 als Leutnant Dienste that, ist gutem Vernehmen nach in der Schweiz aufgegriffen und als geistesgestört in eine Wiener Heilanstalt überführt worden. Das anläßlich seines Verschwindens erlassene polizeiliche Ausschreiben ist zurückgezogen. — Am 12. November 1898 wurde in Münchsmünster bei Neuburg an der Donau der 62jährige Schlosser Xaver Bauer von seinem Sohne erschlagen. Der Mörder fuhr die unter Mist versteckte Leiche Abends auf das Feld und verscharrte sie in einer Grube. Die That blieb zunächst unentdeckt. Johann Bauer ging nach Amerika, wurde aber, als der Mord an den Tag kam, im Dezember 1899 ausgeliefert. Jetzt hat ihn das Schwurgericht in Augsburg zum Tode verurtheilt. — Ein plötzlicher und heftiger Ausbruch des Vesuv fand in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar statt. Gegen 11 Uhr wurden die Bewohner der am Fuße des Berges liegenden Gemeinden durch ein furchtbares Getöse erschreckt und aus den Betten gejagt; bald stiegen aus dem mittleren Schlunde des Vulkans helle Feuersäulen kerzengrade zum Nachthimmel empor. Es war ein wunderbares Schauspiel: ein wahrer Feuerregen bedeckte die obere Hälfte des Berges mit einem rothen Flammenkleide, das sich in grandioser Weise von der rings umher lagernden nächtlichen Finsterniß und von den mit Schnee bedeckten Einbuchtungen des Berges abhob. Der Vulkan schleuderte große und kleine Steine empor; von Zeit zu Zeit ertönte ein lang anhaltendes heftiges Getöse, das wie Donnerrollen klang und die Häuser in der ganzen Umgegend zittern machte. Die von Furcht gepeinigten Dörfler flüchteten auf die Straßen und blieben trotz der scharfen Kälte bis zum Morgen im Freien. Die heftige Eruption dauerte glücklicher Weise nur 40 Minuten; jetzt ist der Vesuv wieder vollständig ruhig und die Bevölkerung hat sich wieder von ihrem Schreck erholt. — In Saint Louis, Nordamerika, werden die elektrisch betriebenen Straßenbahnwagen mit Fernsprechern versehen, die von den Fahrgästen unentgeltlich benutzt werden können. Die Leitung steht mit der unterirdischen Stromzuführung in Verbindung und bleibt auf diesem Wege in beständigem Kontakt mit der Zentralleitung.

Eine bittere Enttäuschung hat das preußische Oberverwaltungsgericht den Scharfmachern bereitet. Der Berliner „Volksztg." wird über den Sachverhalt berichtet: „Die Schultheißbrauerei besitzt in Nieder-Schönweide ein Ausschanklokal, dessen Betrieb von dem Oekonomen Herzberg geführt wird. Dieser hatte vom Amtsvorsteher unter Vorbehalt des Widerufs die Erlaubniß erhalten, sein Lokal bis 1 Uhr Nachts offen zu halten. Als am 22. Januar v. J. in dem fraglichen Lokal eine öffentliche Versammlung von sozialdemokratischer Seite anberaumt wurde, erhielt eine Verfügung, durch die ihm aufgegeben wurde, am 22. Januar sämmtliche Schankräume um 10 Uhr Abends zu schließen. Nach § 13 der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten vom 11. Dezember 1879 sollen Schankstuben in den Wintermonaten um 10 Uhr geschlossen werden. Wenn aber eine Belästigung der Nachbarschaft dadurch nicht zu besorgen sei, könne die Ortspolizeibehörde Ausnahmen für einzelne Lokale bewilligen. Der Kreisausschuß wies die von der Brauerei und Herzberg erhobene Klage gegen die polizeiliche Verfügung ab. Es wurde ausgeführt, es sei der Polizeibehörde zuzugeben, daß von der Offenhaltung des Lokals über die regelmäßige Polizeistunde eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten gewesen sei. (!) Es komme in Betracht, daß die Versammlung von einem Ungenannten einberufen worden sei. Es habe an jeder Garantie dafür gefehlt, daß die Versammlung nicht von Elementen besucht werde, denen es besonders auf die Erregung von Lärm und Unfug angekommen sei. Die Erfahrung lehre, daß besonders sozialdemokratische Versammlungen mit Vorliebe von Elementen besucht werden, welche lediglich zu dem Zweck, Unruhe und Unordnung hervorzurufen, solche Versammlungen aufsuchen. (Diese Behauptung wird nicht verfehlen, großes Aufsehen zu machen. Nach unserer Meinung lehrt die Erfahrung, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter in ihren Versammlungen mustergültig zu benehmen pflegen. Red. d. „Volksztg.") Ferner sei anzunehmen, daß bei Offenhaltung der Schankräume über zehn Uhr durch die dadurch gebotene Gelegenheit zum reichlichen Konsum von Spirituosen (!! Als ob die Arbeiter in die Versammlungen gehen, um Orgien zu feiern!) die Leidenschaften entfesselt werden könnten, zumal auf die Anwesenheit von Frauen gerechnet worden sei, die leichter erregbar als Männer seien. Wenn der Amtsvorsteher noch erwogen habe, daß ihm nur wenige Polizisten zur Verfügung standen, so erschien sein Vorgehen berechtigt. Im Gegensatz zum Bezirksausschuß erkannte, wie uns mitgetheilt wird, das Oberverwaltungsgericht auf die Revision von Rechtsanwalt Böhlau dahin, daß die Klage Herzbergs begründet sei. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes dürfen sozialdemokratische Versammlungen nicht anders wie andere Versammlungen behandelt werden. Besondere Verhältnisse lägen hier nicht vor. Im Uebrigen habe die Polizeibehörde dafür zu sorgen, daß hinreichend Polizeikräfte vorhanden seien. Wir erwarten, daß die Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung vom Minister des Innern allen Polizeibehörden mitgetheilt werde." Damit dürfte der Minister nun freilich keine so große Eile haben. Vielmehr ist zu vermuthen, daß sich der Minister durch diesen gerichtlichen Eingriff in die beliebten Polizeipraktiken ebenso gekränkt fühlen wird wie die Scharfmachersippe. Deren Berliner Organ ist ganz entsetzt, weil dieses Urtheil mit den in der sonstigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts vertretenen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen sei. Die Lehre, die das Blatt daraus zieht, ist folgende: „Der Vorfall beweist auf's Neue erstens die höchst schädlichen Wirkungen der Aufhebung des Sozialistengesetzes und zweitens einen Mangel an Einheitlichkeit in der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts." Ja, es ist wirklich schlimm für die Scharfmacher, daß die Gerichte nicht ganz nach ihrer Pfeife tanzen.

Und es will mich schier bedünken. . . In Mörs hatte der evangelische Pastor Wegener vor einiger Zeit in einem Blatte Artikel über die katholische Sittenlehre, Beichte und die katholischen Geistlichen veröffentlicht. Sehr zart und sanft waren diese Artikel nicht und es herrschte darüber eine gewisse Aufregung unter den Katholiken in dem Landstädtchen. Aus dem Grunde machte der katholische Pfarrer Horstmann bekannt, daß er dem Artikelschreiber 1000 Mk. zahle, wenn er die Behauptungen in den Artikeln beweise. Durch einen Gerichtsvollzieher erhielt er von dem evangelischen Pastor den Bescheid, daß dieser bereit sei, den Beweis der Wahrheit schriftlich anzutreten, er solle nur unparteiische Personen als Schiedsrichter ernennen. Da sich die beiden Pastoren über die Schiedsrichter nicht einigen konnten, sandte der evangelische an den andern den schriftlichen Beweis wieder durch einen Gerichtsvollzieher, und verlangte einen Gegenbeweis oder die 1000 Mark. Kurz entschlossen schickte der katholische Pastor den Beweis zurück, und nun hat sein Gegner das Gericht angerufen. Dieses soll entscheiden, ob dem evangelischen „Kulturkämpfer" die 1000 Mark zukommen. Eine wichtige Entscheidung für ein Gericht, und man kann auf den Ausgang gespannt sein. Die Plaidoyers werden die Herren Pfarrer wohl selbst halten.

Schiffsverluste im Jahre 1900. Nach der vom Bureau Veritas veröffentlichten Statistik sind im vorigen Jahre 1339 Seeschiffe völlig verloren gegangen, und zwar 1011 Segelschiffe und 328 Dampfschiffe mit 385 416 und 424 916 Reg.-Tonnen. Darunter waren 72 deutsche, und zwar 44 Segelschiffe und 28 Dampfschiffe mit 26 733 und 36 948 Reg.-Tonnen. Außerdem weist die Statistik noch 4862 beschädigte Schiffe auf, darunter 374 deutsche.

---

und Schmuck. Hier sind sie heut in aller Frühe gewesen und haben Kisten und Kasten durchgesucht, wie bei Diebeshehlern. Kannst erwarten, daß sie auch 'runter kommen zu euch. Kannst nichts machen, mußt zusehn." —

„Mein Klärche, mein Klärche!" wimmert die Mutter. „So ein schön's, prächtiges Mädchen und solch ein elender Kerl!"

„Was hast's nit besser angehalten zu Fleiß und Rechtschaffenheit!" schmält der Tischler. „Dein besonderer Herzensschatz ist's elende Geschöpf gewesen. Ist's nit so, Bettche?"

Die Tochter antwortet nicht. Fine legt das Gesangbuch auf die Kommode, löst die Bänder ihres Hutes und setzt sich auf den nächsten Stuhl. Nein, mit dem Kirchengehen soll es heute nichts werden. Sie faltet die Hände im Schoß, sie weiß nichts zu sagen, sieht nur die Schwägerin an mit einem herzzerreißenden Blick.

Und Bettchen, neben ihr an die Kommode gelehnt, erzählt endlich mit halblautem Ton, zusammenhängend:

„Da ist der Franzos immer um sie rum gewesen, überall hat sie'n so zufällig getroffen. Der Mutter hab ich's gesagt — sie hat gemeint, ich gäb den Aufpasser, weil man mir nit hofierte. Na, da ist denn Klärche öfter rüber nach Birwald, wo sie eine Freundin hat, und da hat er sie weggeholt und sind nach Köln und über die Grenze. Keinen Gruß und kein letztes Wort hat's noch für die Eltern gehabt — der Kerl wird's nit gelitten haben, der Spur wegen."

„Der Kerl, der elendige", ruft die Frau.

Bettchens Hände zucken, sie streicht das Haar aus ihrem blassen Gesicht.

„Verlustieren hat sich's Klärche immer wollen — in ein Elend wird's kommen, das wird's End' sein.

Fine kann nichts sagen, ihr eigenes Elend erscheint ihr klein, sie sieht von dem Manne, der lebhaft gestikulirend durch das Zimmer rennt, hinüber nach der Schwiegermutter, die ihre beiden Ellbogen auf den Tisch gestemmt hat und laut weint.

Dann faßt sie Bettchens Hand und drückt sie leise. Und nun horcht sie auf. Die alten Stufen da draußen knarren wieder, die Thür wird aufgerissen und Anton steht da mit hochrothem Gesicht und regenfeuchter Kleidung.

„Das ist ja eine nette Bescherung!" ruft er. „Das sind wir ja sorgsame Leut'! Freilich was konnt' man erwarten von euch!"

„Weißt's schon?" murmelt der Alte mit einem scheuen Blick und seine Frau verbirgt das Gesicht in dem Taschentuch.

„Weiß schon, freilich! Der Bick hat's mir da unten zugetragen, just noch vor seiner Abfahrt mit dem Prinzen. Hu! ist der voll Schadenfreud' gewesen. In Berlin soll's mit anhängig gemacht werden, denn der Diebstahl ist zu beträchtlich. Und wenn das Klärche auch nichts von der Schlechtigkeit des Kerls gewußt hat, kriegen sie ihn, so setzen sie's auch mit fest!"

„Hu, hu!" heult die Alte.

„Ja, schrei du nur!" ruft Anton.

„Nöthig hast's schon! Wie sie da all um mich rum sind in dem Wirthshaus — meinen Kredit hebt das auch nicht, solch 'ne Geschichte."

Er beachtet Fine gar nicht, wirft sich auf einen Stuhl und streckt die Beine von sich. „So macht einen die eigene Familie zu Schanden!" brummt er vor sich hin und sucht dann in der Tasche nach seiner kurzen Pfeife.

„Wahrhaftig, die hab' ich auch noch liegen lassen, da unten — da soll doch, meine beste Pfeif'." —

„Ich schicke hinunter!" sagt Fine.

„Ach, du bist auch schon da! — was, das ist eine Freud! Und dein Herr Vater, wenn's der hört — was, zitterst wohl schon, was der ehrenwerthe Herr sagt?"

Die junge Frau kommt ganz langsam zu ihm heran und beugt den blonden Kopf nahe zu seinem. „Anton — dem Vater muß ich ja so schon den Kummer machen und ihm schreiben, daß — Ferdinand heimlich davon gegangen ist — diese Nacht." —

Er schnellt empor. „Fenne, der Herzensjunge? Fenne? Das ist aber ein Hauptspaß!"

Sie sieht ihn mit großen Augen an. Er kann lachen! er meint es so?

„Vater", sagt sie mit stockendem Athem, „wird es großen Kummer machen! Und gerade — bei uns mußte das geschehen!"

„Ei — da sind wir'n doch los, den großen Nichtsnutz, der immer gethan hat, als wär' er zu einer Art Aufsicht gesetzt."

Fine weicht zurück. „Anton — ich sagte doch, der Vater wird Kummer haben."

„Ist seine Sach'! ich hab' Sorgen! „Wenn er nur gewollt hätte, so brauchte das nicht zu sein. Ist schon ein Verwundern hier gewesen, wo sie so großartig hergekommen sind, daß er die Tasche nicht weiter aufgethan hat und seinem Schwiegersohn zu einem ordentlichen Anfang verholfen hat!"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.